

Roland Schatz (Hrsg.)

AM ENDE SIEGT FREIHEIT

Freiheitsindex Deutschland 2024

Mit Beiträgen von Thomas Brockmeier, Dan Cassino, Otfried Höffe, Greta Klotzki, Peter Klotzki, Carsten Knop, Kai Konrad, Luisa Neuberger, Günter Nooke, Natalia Parlov, Thomas Petersen, Amélie Petschner, Nika Ristić, Annabelle Schatz, Michelle Schatz, Ralph Erich Schmidt, Ishan Pratap Singh, Evan Wright



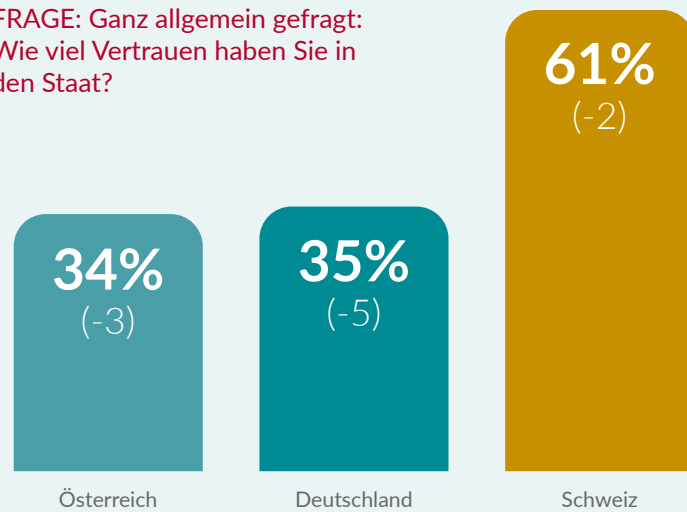
KURZVERSION

Der gesamte Freiheitsindex 2024 kann für 9,80€ als PDF bzw. 24,90€ als Buch bestellt werden unter: info@innovatio.de

NUR EIN DRITTEL DER DEUTSCHEN VERTRAUT DEM STAAT

Österreich zeigt ähnliches Bild – Schweiz schneidet deutlich besser ab

FRAGE: Ganz allgemein gefragt: Wie viel Vertrauen haben Sie in den Staat?



BASIS: Alle Befragten – DE (n = 8.034); AT (n = 1.003); CH (n = 1.001); Top2 (sehr) großes Vertrauen; Abweichungen zum Vorjahr in Prozentpunkten

QUELLE: Initiative D21 und Technische Universität München (Befragung 2023, durchgeführt von KANTAR)

«Freiheit besteht darin, dass jeder das tut, was er am besten kann.»

Platon, „Politeia“

| | | |
|--|--|-----|
| Roland Schatz | | |
| EINFÜHRUNG: HEUTE IST MORGEN SCHON GESTERN | | 7 |
| TEIL 1 | | |
| DIE DATEN: TRENDWENDE GELUNGEN | | 15 |
| Roland Schatz | | |
| AUFMERKSAMKEIT IST DIE WÄHRUNG DER FREIHEIT | | 17 |
| Thomas Petersen | | |
| DAS VERTRAUEN IN DIE MEDIEN | | 33 |
| Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt | | |
| DER FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2024 | | 43 |
| Dan Cassino, Thomas Petersen, Roland Schatz | | |
| VOM SELBST-BEWUSSTSEIN IST WENIG GEBLIEBEN | | |
| Vergleichsanalyse Freiheitsindex Deutschland und USA | | 59 |
| TEIL 2 | | |
| WIE UNFREIHEIT WIRKT | | 69 |
| Carsten Knop | | |
| WO DIE DEMOKRATIEGESCHICHTE EINE RENAISSANCE ERLEBT | | 71 |
| Günter Nooke | | |
| WIE ANDERS IST DER OSTEN WIRKLICH? | | 77 |
| Thomas Brockmeier | | |
| FREIHEIT VERZWEIFELT GESUCHT – UNTERNEHMERTUM BRAUCHT LUFT ZUM ATMEN! | | 85 |
| Greta Klotzki | | |
| DAS SCHWEIGEN DER MEHRHEIT | | 101 |
| Luisa Neuberger, Evan Wright | | |
| WIR KÖNNEN NUR SO DENKEN, WIE WIR ES GELERNT HABEN | | 107 |

| | | |
|--|--|-----|
| TEIL 3 | | |
| WAS GETAN WERDEN KANN | | 115 |
| Kai A. Konrad | | |
| MEHR FREIHEIT – ODER MEHR FÜRSORGE? | | 117 |
| Otfried Höffe | | |
| WAS DEMOKRATIEN IN KRISEN ZUSAMMENHÄLT | | 123 |
| Peter Klotzki | | |
| FREI UND BERUFEN | | 129 |
| Amelie Petschner | | |
| WIR, DIE JUGEND | | |
| Ein Medienprojekt für freies Denken in der Politik | | 135 |
| Annabelle und Michelle Schatz | | |
| WAS IST FREIHEIT BZW. SIND WIR FREI? | | 141 |
| Ishan Pratap Singh | | |
| ZUSAMMENARBEIT17 | | |
| VON ICH GEGEN DICH ZUM DU UND ICH VERSUS DAS PROBLEM | | 147 |
| Nika Ristić, Natalia Parlov | | |
| DAS SDG ERASMUS CAFÉ: EIN WEG ZUR FREIHEIT DURCH BILDUNG UND ZUSAMMENARBEIT | | 155 |
| LITERATUR | | 160 |
| DIE AUTORINNEN UND AUTOREN | | 162 |

*«Freiheit ist die Fähigkeit, nach einem selbstgesetzten
Gesetz zu handeln.»*

Aristoteles, „Politik“

Roland Schatz

**HEUTE
IST MORGEN
SCHON GESTERN**

Das Rainer Papenfuß zugeschriebene Wortspiel bietet neben der Substanz auch Perspektive: Zukunft kann ohne ein aktives Verständnis der Herkunft kaum in der gewünschten Art gelingen. Das ist allen Freiheitsbewussten Auftrag und Verantwortung zugleich.

Heute vor 35 Jahren endete für mehr als 1000 DDR-Bürger in der bundesdeutschen Botschaft in Prag das monatelange Warten: Mit den befreienden Worten von Hans-Dietrich Genscher brachen sich alle Hoffnungen Bahn. Nicht allein in Prag. Das ZDF erinnerte an den bewegenden Moment nicht nur mit den bekannten Bildern, sondern zeigte am Beispiel von Peter Christian Bürger auch allen, die damals noch nicht auf der Welt waren (ebenso wie jenen, denen die Erinnerungen zwischen entglitten waren), in prägnanter Weise, dass die Kraft des Augenblicks dreieinhalb Jahrzehnte später sofort wieder ihre Wirkung entfaltet. Heute wie gestern und morgen ist jede Form der Unterdrückung auf Dauer keine Option. Die Studenten in Bangladesch haben dies erst wieder allen vor Augen geführt.

Heute vor 34 Jahren gaben die Deutschen den Meinungsforschern vom Institut für Allensbach zu Protokoll, dass 78 Prozent von ihnen sich in ihrem Land ohne Mauer frei fühlen, ihre Gedanken und Meinungen zu äußern. Nur 16 Prozent sagten, auch weiterhin lieber vorsichtig sein zu wollen. Ob dies an den noch mehr oder weniger offenen Wunden aus der SED-Zeit lag oder den Erfahrungen im Westen, Norden oder Süden, kann nicht mehr erforscht werden. Natürlich wird eine Gesellschaft nie den Zustand erreichen können, in dem 100 Prozent ihrer Mitglieder sich so gleichmaßen selbstbewusst wie auch bewahrt fühlen, dass sie ihr Wertvollstes (eigene Gefühle und Überzeugungen) gerne mit anderen teilen. Aber das Verhältnis des Lagers „Zuversicht“ zum Lager „Vorsicht“ mit 78 zu 16 bestätigt zu bekommen, dürfte allen, die für dieses Lebensgefühl Verantwortung tragen, die Genugtuung bieten, dass sie gemeinsam auf einem richtigen Weg sind. Es gibt Länder, in denen dies gelingt – ein Blick auf das jährlich erfragte Zufriedenheitsgefühl nach Nationen lässt einen neugierig werden, warum dort insbesondere die nordischen Staaten bestpositioniert sind. Leider ist diese Neugierde in den deutschen Leitmedien nicht besonders ausgeprägt, denn Berichte über die begeisternde Entwicklung der letzten 40 Jahre in Finnland sind dort kaum zu finden.

Heute vor drei Jahren wurde der Freiheitsindex für Deutschland, den Dr. Ulrike Ackermann vom Mill-Institut gemeinsam mit Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie 2011 konzipiert hatten, wieder – mit neuen Leben versehen – publiziert. Da waren die Werte deutlich unter die Ergebnisse des Jahres 2011 gefallen und meilenweit vom gesunden Bewusstsein des Jahres 1990 entfernt: Gleich einem Röntgenbild wurde

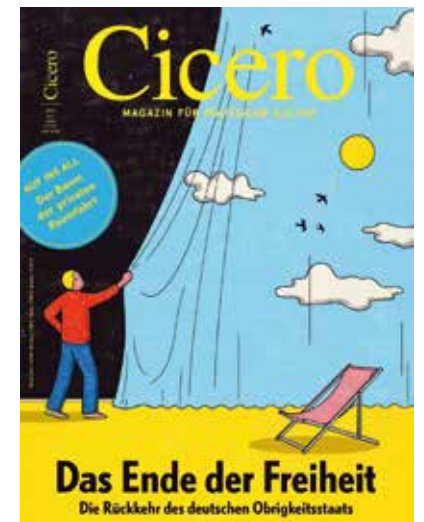
sichtbar, dass mehr als die Hälfte der Nation sich ihrer Herkunft nicht mehr sicher ist: Martin Luther, Immanuel Kant, die Humboldts, Dietrich Bonhoeffer, Kurt Masur. Nicht nur die Erinnerung scheint verblichen. Den Leuchttürmen schien im Dunst gewaltiger Nebelbänke die Wirkung genommen.

Die für die kollektive Wahrnehmung Verantwortlichen in Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft schienen zu beschäftigt, diesen mehr als nur emotionalen Offenbarungseid zur Kenntnis zu nehmen. Ganz zu schweigen davon, Fragen nach dem Ursprung zu stellen. Oder gar ins Handeln zu kommen, um schon Gelungenes wieder zu ermöglichen.

Entsprechend fielen die Werte des Freiheitsindex vor einem Jahr noch weiter: Erstmals war im vierten Quartal 2023 das Lager „Vorsicht“ größer als das Lager „Zuversicht“. Der STERN erkannte als einer der ersten, dass diese Zahlen mehr als Nummern waren. Sondern ein Befund, der nicht als Schicksal achselzuckend hingenommen werden durfte.

Das HANDELSBLATT, die ZEIT, NZZ, CICERO, RTL und andere folgten dem Beispiel. Das Pen-Zentrum veranstaltete im Sommer 2024 allein 38 öffentliche Diskussionsrunden, um vor allem den Menschen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen eine Stimme und vielfältige Plattform zu bieten, und griff damit weitere Formate wie „Deutschland spricht“ von der ARD, der FAZ, des SPIEGEL oder der ZEIT auf. Das Aufbäumen der ersten bleibt nicht ohne Wirkung – die Trendwende ist an aktuellen Werten des Freiheitsindex 2024 abzulesen: Erstmals stellen sich mit 47 Prozent der Befragten wieder mehr in das Lager „Zuversicht“ als die 41 Prozent, die sich noch immer eher im Lager „Vorsicht“ verorten.

Woher die Sorge? Die Feiern zum Jubiläum „75 Jahre Verfassung“ hatten doch noch einmal in Erinnerung gerufen, dass auf dem Papier alles gut sei. Niemand hatte den Bundesbürgern ihre Pässe entzogen, das Grundgesetz sicherte unverändert das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Berufswahl etc. Das Videoformat der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 20.1.24¹ gibt im Kleinen ein beredtes Beispiel, warum im Großen Deutschland im Jahr 2024 noch weit davon entfernt ist,



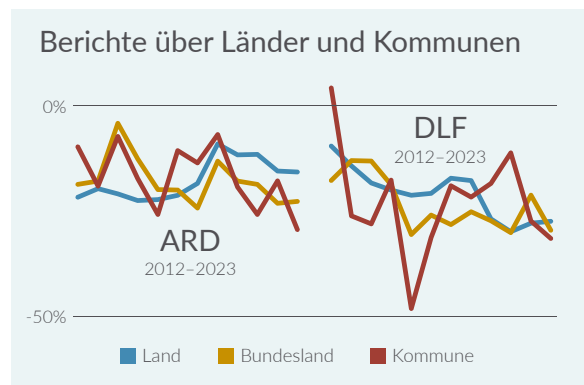
das Empfinden von 1990 zu erreichen: Damals hatten Beispiele wie die „Runden Tische“ den Menschen das Gefühl vermittelt, dass ihre Ansichten Gehör finden können. Alle hatten den Eindruck, in der einen oder anderen Form „repräsentiert“ zu sein: durch Fragen in Interviews live in den Nachrichtenformaten ihrer Wahl das eigene (Nach)Denken zumindest gelegentlich aufgegriffen zu finden.

Bei der NOZ offenbart der Vorsitzende der ARD-Intendanten, Kai Gniffke, 45 Minuten lang, was aus dem Zuhören und Repräsentieren geworden ist: eine Verächtlichmachung aller, die sich eher dem Lager „Vorsicht“ zurechnen. Seine Kollegin Ulrike Demmer, mittlerweile Intendantin beim RBB, war mit ähnlicher Geisteshaltung sechs Monate zuvor im Ruhrgebiet aufgefallen, als sie versuchte, eine Veranstaltung mit dem damaligen Richter am Bundesverfassungsgericht, Peter Müller, und dem Kabarettisten Dieter Nuhr in einer Art und Weise zu „moderieren“, dass sie – wie Gniffke – der Hälfte ihres Publikums das Gefühl vermittelte, es sei nicht im Stande, die Wahrheit (nämlich Demmers Sicht der Dinge) zu erkennen.

Aus diesem Grund wurde beim diesjährigen Freiheitsindex der Frage nachgegangen: Wie und wo fühlen sich die Menschen mit ihren Meinungen noch repräsentiert? Die Lektüre der erschütternden Resultate sei insbesondere den Richtern an Verwaltungsgerichten empfohlen, die über Recht oder Unrecht derer entscheiden, die die Gebührenzahlung für ARD, DLR und ZDF verweigern. Die Werte schließen nahtlos an den Befund des Reuters-Instituts in Oxford an, das seit Jahren erhebt, wer warum die öffentlich-rechtlichen Sender (nicht mehr) konsumiert: Im Sommer 2024 gaben allein 40 Prozent in Deutschland an, nicht länger ARD und ZDF zu verfolgen, weil die Inhalte dort „zu negativ“ seien.²

Um zu veranschaulichen, was die Menschen zu dieser Einschätzung bezogen, seien hier drei Beispiele aus der kontinuierlichen Medien-Inhaltsanalyse wieder in Erinnerung gerufen.

Das erste Beispiel bietet einen Eindruck, wie die Volksvertreter – egal auf welcher Ebene (in der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik) sie ihrer Berufung nachkommen – sich Tag für Tag in den Hauptnachrichten von ARD und DLR dargestellt und bewertet finden: Die Linien liegen alle unterhalb der Neutralitäts-Null-Marke – das bedeutet: Egal, welcher Partei die Politiker hier in den zwischen



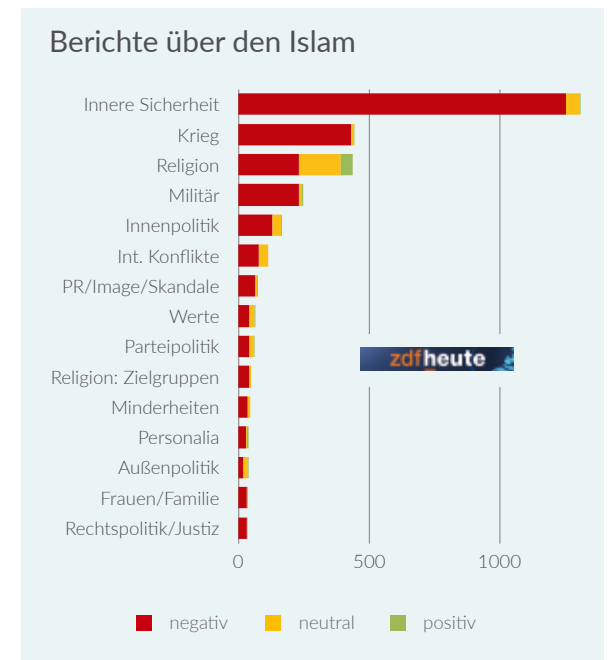
2012 und 2023 gezeigten 802.017 Beiträgen angehört, für die Verantwortlichen der öffentlich-rechtlichen Sender war alles im Saldo schlecht. Wird dies den Realitäten zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen auch nur im Ansatz gerecht?

Das zweite Beispiel zeigt, wie deutsche Medien über drei Jahre das Agieren von Unternehmen in der Welt wiedergaben – während ihre Kollegen in den USA von Wallstreet-Journal bis zu den dortigen Abendnachrichten aus den gleichen Geschäftsberichten der Firmen zu ganz anderen Schlussfolgerungen kamen.



Und mit dem letzten Beispiel, der Darstellung des Islam in den ZDF-Heute-Nachrichten um 19 Uhr, könnte ein Gespräch darüber begonnen werden, warum Muslime in Deutschland sich immer weniger repräsentiert fühlen und warum angesichts dieser Stereotypisierung die Integration von Migranten immer schwerer fällt.

Die Daten liegen als ARD-DLR-ZDF Gremientischvorlagen den entsprechenden Aufsichtsorganen seit Langem vor. Wie Röntgenbilder illustrieren sie, was im Land der repräsentativen Demokratie zum Gefühl der freien Meinungsäußerung beiträgt – und was eben nicht. Da nutzt es wenig, wenn die derzeitige Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Manuela Schwesig, zu Festtagen das hohe Lied der Freiheit anstimmt, aber im Alltag wenig dazu beiträgt, bei den offensichtlichen Fehlentwicklungen die möglichen Veränderungen einzuleiten: Die Verantwortung für Leistung bzw. Nichtleistung der öffentlich-rechtlichen Sender liegt in der Zuständigkeit der Länder. Vor die Diskussion über die Höhen der Zwangsgebühren hat der Gesetzgeber die Transparenzpflicht



gestellt. Mit anderen Worten: eine saubere, wissenschaftlich solide Bilanz dessen, was und wie ausgestrahlt wurde und was nicht – und wie das Ausgestrahlte wirkt. Diese Bilanzen fehlen. Seit Jahrzehnten.

Die Verantwortlichen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wissen das, spätestens seit 1999 ihr Kollege und Vizepräsident des Hauses, Prof. Ernst Gottfried Mahrenholz, dies in Form einer Sammelpetition dem Bundestag zu Protokoll gab.³ Die Ministerpräsidentenkonferenz weiß es ebenfalls. Und wenn ein gutes Rechtsprinzip lautet: „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“ – was ist dann mit den Wissenden?

Als heute vor 35 Jahren die Menschen in Leipzig, Halle oder Dresden wieder an einem Montag klar und deutlich zum Ausdruck brachten, was es bedeutet, wenn Verantwortliche glauben, Grundrechte ignorieren zu können, hatte niemand von ihnen die Ereignisse vom 9. November ahnen können. Heute ist Morgen schon Gestern. Am Ende siegt Freiheit.

Damit die Zahlen des Freiheitsindex nachempfunden werden können, werden in diesem Buch nicht nur die Daten der Medienanalyse und der Meinungsumfragen vorgestellt und interpretiert. Erstmals sind Repräsentanten aller Generationen und vieler Lebenswirklichkeiten eingeladen, ihre Erfahrungen und Hoffnungen zu teilen. Besondere Freude und Dankbarkeit empfinde ich, dass mit Otfried Höffe mein damaliger Professor auch im Heute noch zur Feder gegriffen hat: Er öffnete mir im Gestern des Jahres 1985 die Türen zum Fundament der Freiheit. 1989 sagte er spontan zu, als wir im Bärenzwinger in Dresden unsere Veranstaltungsreihe „Chancen 90“ begannen. Und heute teilt er mit unverändertem Tatendrang dieses Wissen mit Studenten in China. Und wer die Beiträge insbesondere der Schüler und Studenten in diesem Band liest, blickt guten Mutes auf das Morgen.

Roland Schatz, Zürich, 30.9.2024

¹ Auf <https://playout.3qsdn.com/embed/5c2b2819-fe75-426a-b6ab-f0e692cf-8cfe> ist die Sendung frei zugänglich.

² <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2024>

³ Ernst Gottfried Mahrenholz in „Grundversorgung – Pflichten und Rechte“, 1999

«Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemandem untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.»

Martin Luther, „Von der Freiheit eines Christenmenschen“

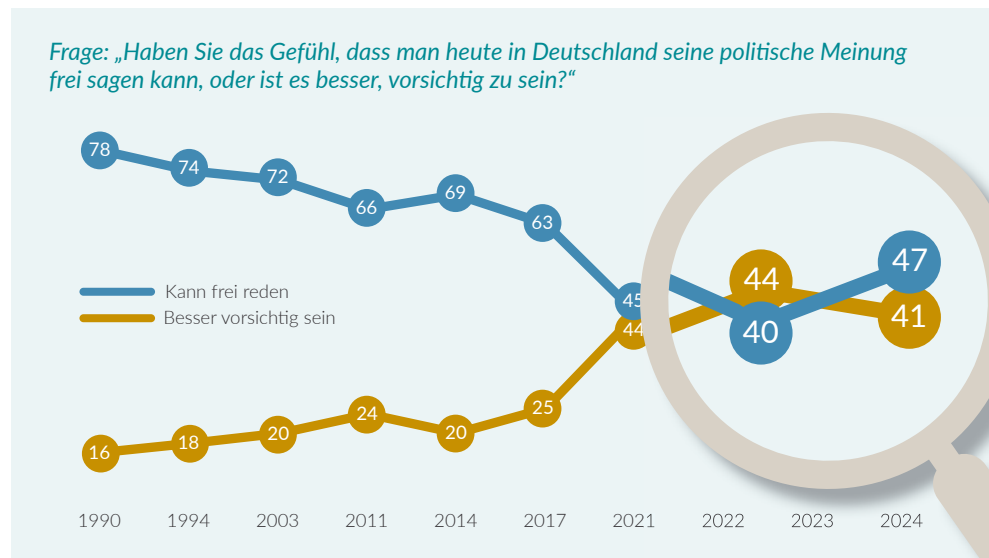
Roland Schatz

**AUFMERKSAMKEIT
IST DIE WÄHRUNG
DER FREIHEIT**

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl trauen sich mit 47 Prozent wieder mehr Menschen in Deutschland, ihrer Meinung frei Ausdruck zu verleihen, als im Jahr zuvor (40 Prozent). Dennoch sind wir weit von den Befunden aus dem Jahr 1990 entfernt. Mit dem Fall der Mauer hatten die Deutschen erlebt, dass ihnen gemeinsam etwas gelingen kann, was alle für unmöglich hielten: die Teilung im eigenen Land zu überwinden. Entsprechend waren damals 78 Prozent der Bürger davon überzeugt, ihre Ideen, Gedanken und Meinungen frei zu äußern. Nur 16 Prozent sahen sich noch immer im Lager derjenigen, die mit all den Erfahrungen unter dem SED-Regime, aber auch manchen Situationen in West-Deutschland, sich lieber dafür entschieden, eher vorsichtig zu sein mit dem, was man in der Öffentlichkeit von sich gibt. Jetzt, im September 2024, ist zumindest eine Trendwende zu beobachten:

Grafik 1: Freie Meinungsäußerung – Talsohle durchschritten?

(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)

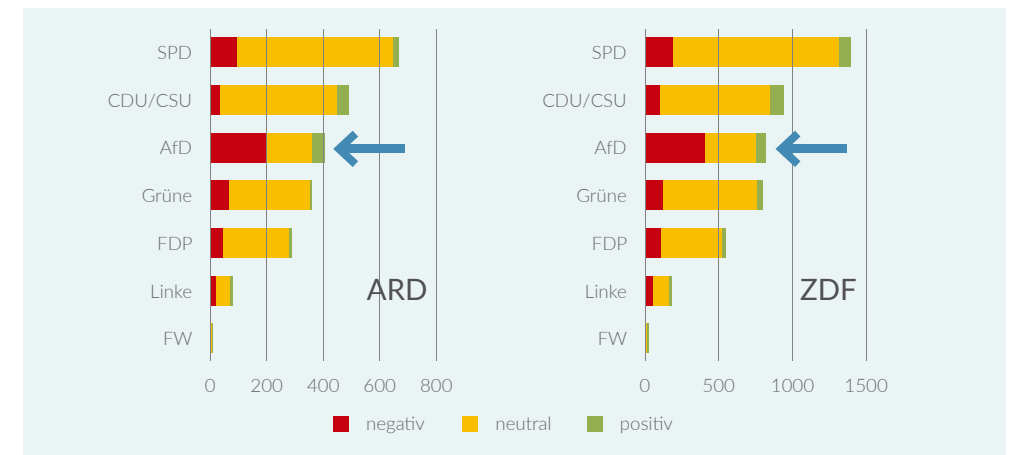


Da dem Freiheitsindex seit seinem Start vor 15 Jahren durch Ulrike Ackermann vom Mill-Institut und dem Institut für Demoskopie in Allensbach nicht allein die Meinungs-Umfragen ausreichen, sondern immer auch die Frage beantwortet wurde, welche Einflussfaktoren für die Verschlechterungen (Verbesserungen waren seit 1990 in den Umfragen nicht

zu erkennen) geltend gemacht werden könnten, war im Verlauf von 2024 zu erwarten, dass das Lager „Vorsicht“ nicht länger vorn sein würde: Immer häufiger waren Positionen in den deutschen Leitmedien sichtbar geworden, die in den Vorjahren eher ein Mauerblümchendasein fristeten: Das Aufbegehren gegen das Gendern wurde mittlerweile breit vertreten und führte im ersten Bundesland (Hessen) zur einer manifesten Trendwende (ausführlichere Daten im weiteren Verlauf des Kapitels), zu den Kriegen in der Ukraine und im nahen Osten wurde eine breitere Vielfalt an Argumenten deutlich. Und nicht zuletzt genossen die Vertreter von AfD und BSW im Jahr 2024 auch zur Prime-Time insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen TV- und Radiosendern eine Sichtbarkeit, die ihnen nicht nur in den drei Landtagswahlen zu beachtlichem Erfolg verhalf, sondern vor allem die Behauptungen ihrer Protagonisten widerlegten, sie würden vom „Mainstream“ unterdrückt:

Grafik 2: AfD kommt bei ARD und ZDF auf den 3. Platz

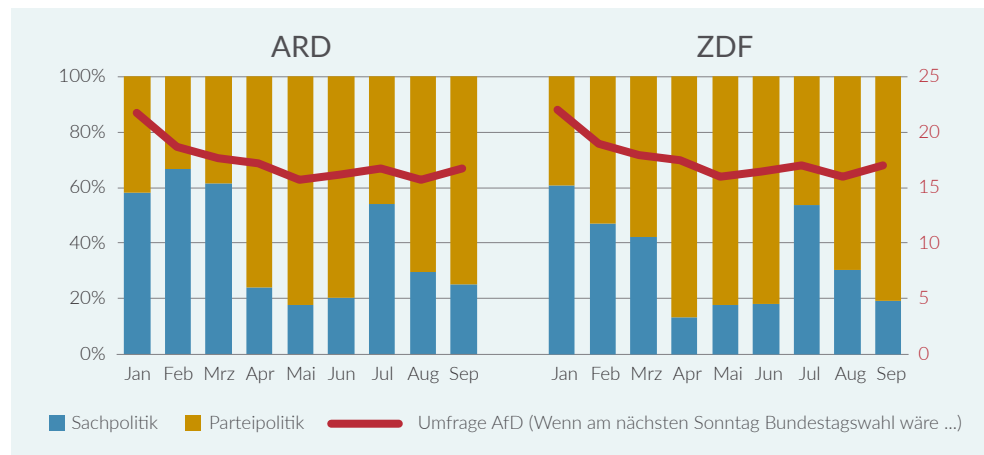
(Stellenwert der Parteien: Anzahl der Berichte, Jan. bis Aug. 2024)



Insbesondere das TV-Duell im Frühjahr 2024 zwischen Björn Höcke und Mario Vogt auf WELT TV hatte dazu einen herausragenden Beitrag geleistet. Schon Wochen zuvor wurden im Vorfeld sowie im Nachgang der Ausstrahlung viele Aspekte diskutiert – vor allem aber, inwieweit eine solche Sendung zum weiteren Aufstieg der AfD beitragen würde oder eben nicht. Die Langfrist-Trends der Medien-Inhalts-Analysen ebenso wie die Meinungsumfragen hatten schon früh Indikatoren geliefert: Die Beschäftigung mit ihren Sachvorschlägen bietet vor allem extremen Parteien wenig

Unterstützung. Ganz im Gegenteil: Schon in den 90er Jahren war im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die SED-Nachfolgepartei, die zunächst als PDS und nun als LINKE um Wählerstimmen wirbt, deutlich geworden: Eine Zunahme in den Umfragen und in der Folge bei den Wahlen war vorwiegend dann zu beobachten, wenn sich die Leitmedien auf die jeweiligen Umfrageergebnisse der Partei konzentrierten, jedoch wenig Sichtbarkeit auf die inhaltlichen Positionen lenkten. Sobald über konkrete Vorschläge zu Wirtschaft, Außenpolitik, Bildung etc. informiert wurde, kehrte schnell Ernüchterung bei den (potenziellen) Wählern ein. Genauso wiederholte es sich im Frühjahr 2024, als insbesondere ARD, DLR und ZDF im Zusammenhang mit der AfD ihre Schwerpunkte ab Januar verschoben und begannen, die AfD-Spitze mit den Ereignissen in Potsdam, ihren Beziehungen zu Russland und Peking zu konfrontieren: Von Januar bis April fielen in der Folge die Umfragewerte.

Grafik 3: Fokus auf Sachpolitik lässt AfD von 22 auf 16 Prozent fallen
(Berichterstattung über die AfD und AfD-Politiker: Sachpolitikanteil, Jan. bis Sep. 2024)



Mit dieser redaktionellen Konsequenz war dann aber sowohl bei ARD und ZDF mit den Europawahlen im Mai Schluss. Stattdessen strahlten die Öffentlich-Rechtlichen kontrafaktisch bevorzugt Landkarten aus, die den Osten als BLAU darstellten – obwohl die am gleichen Tag in Thüringen stattfindende Kommunalwahl keinen einzigen Sieg der AfD in einem der Wahlbezirke hervorbrachte. Was diesen redaktionellen Umschwung bei ARD und ZDF auslöste, sollten deren Aufsichtsgremien transparent und aktiv kommunizieren.

Unabhängig von den Gremien aber wurde erstmals der Rechtsstaat im Geist der Informationspflicht aktiv: Seit dem 23.5.24 haben die Gebührenzahler im 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig eine relevante Instanz in Deutschland, die ihren Sorgen rechtlich bindende Aufmerksamkeit schenkt. Bislang hatten die deutschen Gerichte die eigenen Landsleute in seltener Ignoranz vereint zur weiteren Zahlung für Nicht-Leistungen verurteilt. Und das, obwohl nahezu alle wissenschaftlichen Daten die Sorgen der Bürger bestätigten, die keine der vier Funktionsaufträge (Vielfalt, Integration, Konvergenz, Vorbild) durch ARD, DLR und ZDF erbracht sahen – inklusive des damaligen Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz. Er war schon 1998 im Anschluss an eine Studie der Bertelsmann-Stiftung als Mit-Initiator der Sammelpetition für mehr Transparenz in Sachen Leistungserbringung aktiv geworden. Verwaltungsgericht um Verwaltungsgericht hielten es aber nicht für notwendig, sich mit den Argumenten ihres Karlsruher Kollegen zu beschäftigen, der zuvor für den NDR und dann als Chef der Staatskanzlei Niedersachsen nahezu allen Institutionen gedient hatte und nun den idealen Kronzeugen bot.¹ Bei einer kumulierten Schadenssumme (bis zu 10 Milliarden Euro werden von den Gebührenzahlern jährlich an ARD, DLR sowie ZDF entrichtet, ohne dass diese dafür einen wissenschaftlich validen Leistungsnachweis erbringen) allein der letzten 30 Jahre wäre dies im Klagefall der höchste je an deutschen Gerichten verhandelte Betrag. Deutlich höher als bei Wirecard, die derzeit ebenfalls wegen nicht valider Bilanzen vor Gericht stehen.

Doch erst am 23.5.24 er hörte der 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts den Einwand einer Gebührenzahlerin, die sich mit dem Urteil der Oberverwaltungsgerichts München nicht einverstanden zeigte und Rekurs in Leipzig einlegte. Weil allen Menschen in Deutschland ihr Recht auf Information nicht genommen werden kann, stellten sich die Bundesrichter auf die Seite des Publikums und forderten München auf, die Verurteilung der nicht-zahlenden Bürgerin zu überdenken.

Dieses kollektive Erleben des Nicht-Gehört-Werdens war einer der Gründe dafür, dass sich beim Freiheitsindex 2023 erstmals mehr Deutsche auf die Seite des Lagers „Angst“ schlugen und mit 44 zu 40 Prozent dem Schweigen den Vorrang einräumten, anstatt wie Martin Luther sich in das Lager „Hier steh` ich und kann nicht anders“ zu begeben. Deshalb entschieden wir, für den Freiheitsindex 2024 der Frage nachzugehen, woher dieses Gefühl der Angst kommen könnte.

Wer die Hauptfunktion der Demokratie in Wahlen sieht, missachtet den Kern der REPRÄSENTATIVEN Demokratie. Für sie hatten sich die

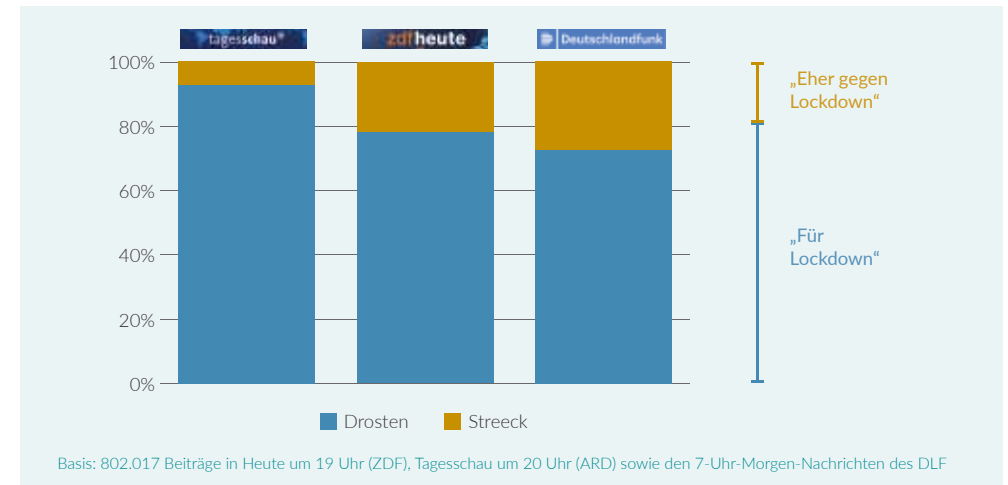
vielen Vätern und wenigen Müttern der Verfassung vor 75 Jahren entschieden – nach langen Diskussionen und vor allem mit Blick auf die eigenen Erfahrungen mit der Weimarer Variante sowie mit der darauf folgenden Nazi-Diktatur: Weil die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 nicht mit einer Diktatur begannen, sondern mit einer Wahl im demokratischen Design. Und im Wissen, dass im Wendejahr 1933 die 850.000 Mitglieder der NSDAP keine zwei Prozent der 66,2 Millionen Deutschen ausmachten und es dieser verschwindenden Minderheit dennoch gelang, die Geschicke der Mehrheit nicht nur im eigenen Land auf derart verheerende Weise zu bestimmen.

AUFMERKSAMKEIT lautet die Währung der repräsentativen Demokratie. Und auf das Konto der Aufmerksamkeit muss eingezahlt werden. Nicht jeden Tag, aber in nachvollziehbarer Regelmäßigkeit. Gerät dieses Konto ins Defizit, droht Kündigung. Doch wie wird die Mitgliedschaft in der Demokratie aufgelöst? Durch Nicht-Wählen. Ein Blick auf die Wahlbeteiligung der letzten Jahrzehnte zeigt, der Befund ist eineindeutig: Die Partei der Nicht-Wähler wächst stetig.

Aber die Verantwortlichen bei ARD und ZDF schenken der mittlerweile größten Partei MISSACHTUNG. Die Verbliebenen der an Politik Interessierten treffen sich Wahl für Wahl ab 17:45 Uhr um das vermeintliche Lagerfeuer der Demokratie: Jedes Mal schalten sie voller Hoffnung live in die ARD- oder ZDF-Wahlstudios, die pompöser nicht ausgestattet sein könnten. Doch obwohl nahezu mit der ersten Prognose auch die Zahl der realen Wahlbeteiligung vorliegt, kommt die Partei der Nicht-Wähler nicht zu Wort – obwohl zwischen 18 und 19 Uhr ausreichend Zeit existiert, während auf die Hochrechnungen gewartet wird. Auch kaum ein Experte nutzt seine Zeit, um die vom Wahlangebot Enttäuschten zurückzugewinnen. Dabei ist den Verantwortlichen bei ARD, DLR und ZDF mit dem Funktionsauftrag „Integration“ genau dies ins Pflichtenheft geschrieben. Dass die Sender diesem Leistungsauftrag seit langem nicht mehr nachkommen, ist nicht nur beim ZDF mehr als bekannt: Mit den Worten „Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job“ beurteilte Claus Kleber seine eigene Leistungsverweigerung und die seines Teams beim ZDF Heute-Journal schon vier Monate nach dem Ausbruch von Covid. Um diese Fehlleistung hier exemplarisch noch einmal vor Augen zu führen, sei ein Blick auf das Verhältnis geworfen, mit dem ARD, DLR und ZDF den unterschiedlichen Expertensichten der Protagonisten des Lagers Lockdown vs. Nicht-Lockdown Sichtbarkeit „schenkte“:

Grafik 4: Drosten vs. Streeck

(Anteil der Protagonisten an der Berichterstattung)

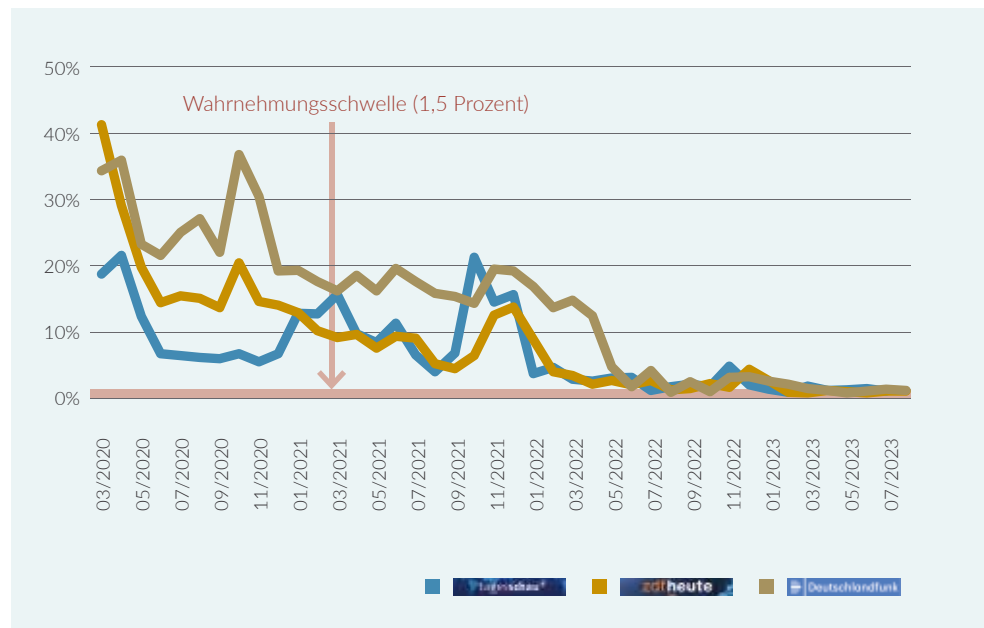


Wer sich mit seinen Ängsten, Hoffnungen, Gedanken und Prinzipien beim Lagerfeuer der Nation – den Hauptnachrichtensendungen von ARD und ZDF – nicht wiederfindet, schreibt nur im seltensten Fall eine Beschwerde an die entsprechenden Sender. Nicht, weil er oder sie des Schreibens nicht fähig ist, sondern weil er um die Legionen unbeachteter Beschwerden weiß (über die es inzwischen Bücher² gibt – sic) und weil das Minimum an Selbstachtung empfiehlt, zu den ständigen Verwundungen, die durch einseitige Sendeformate entstehen, sich nicht auch noch die letzte hinzufügen: den vergeblichen Gang zum Postkasten in der (illusorischen) Hoffnung, seitens ARD, DLR oder ZDF eine qualifizierte Antwort zu erhalten, mit der die öffentlich-rechtlichen Sender ihrer Informationspflicht nachkommen würden.

Aus den vorliegenden Urteilen der Verwaltungsgerichte in Sachen Verweigerung oder Aussetzung der Zahlungen durch die Gebührenpflichtigen wird kaum sichtbar, inwieweit die entscheidenden Instanzen sich überhaupt der Mühe unterzogen haben, die dem Gegenstand zugrunde liegende Fachliteratur zur geleisteten Informationsqualität zu berücksichtigen. Denn die Zukunftskommission der öffentlich-rechtlichen Sender legte in ihrem Papier im Januar 2024 auch offen, dass die Anstalten, denen Jahr für Jahr bis zu zehn Milliarden Euro zugestanden werden, selber über keinerlei qualifizierten Daten verfügen, anhand derer sie ihre Ansprüche hätten geltend machen müssen.³

Doch die ausübenden Instanzen bei den Verwaltungsgerichten in Deutschland, wo die Millionen nicht-zahlenden Gebührenzahler⁴ früher oder später Rede und Antwort zu stehen haben, um ihren vermeintlichen Rechtsbruch zu erläutern, boten in den letzten 40 Jahren unterschiedliche Aufführungen des gleichen Schauspiels: Bärbel Bohley hatte es in dem Satz aller enttäuschten Montagsdemonstranten zusammengefasst: „Wir wollten Gerechtigkeit, aber erhielten den bundesrepublikanischen Rechtsstaat“. Es ist nicht bekannt, welchen Aufwand der Berufsstand deutscher Richter betrieb, um sich von der Menschenrechtlerin die Dimensionen ihrer Aussage erläutern zu lassen. Viel kann es nicht gewesen sein, denn anders lässt sich nicht erklären, warum Millionen Deutsche (laut Studie des Reuters-Instituts in Oxford schauen 40 Prozent der Deutschen nicht länger ARD und ZDF allein mit dem Argument, das dort Ausgestrahlte sei zu negativ – ein Befund, der ebenfalls seit Jahrzehnten wissenschaftlich bestätigt ist und der zur Gründung der Bewegung „Constructive Journalism“ führte) sich allein aus Selbstschutz den Konsum des öffentlich-rechtlichen Angebots nicht mehr antun. Auch hier sei noch einmal eine Grafik aus den regelmäßig publizierten ARD-DLR-ZDF Gremien-Tischvorlagen gezeigt:

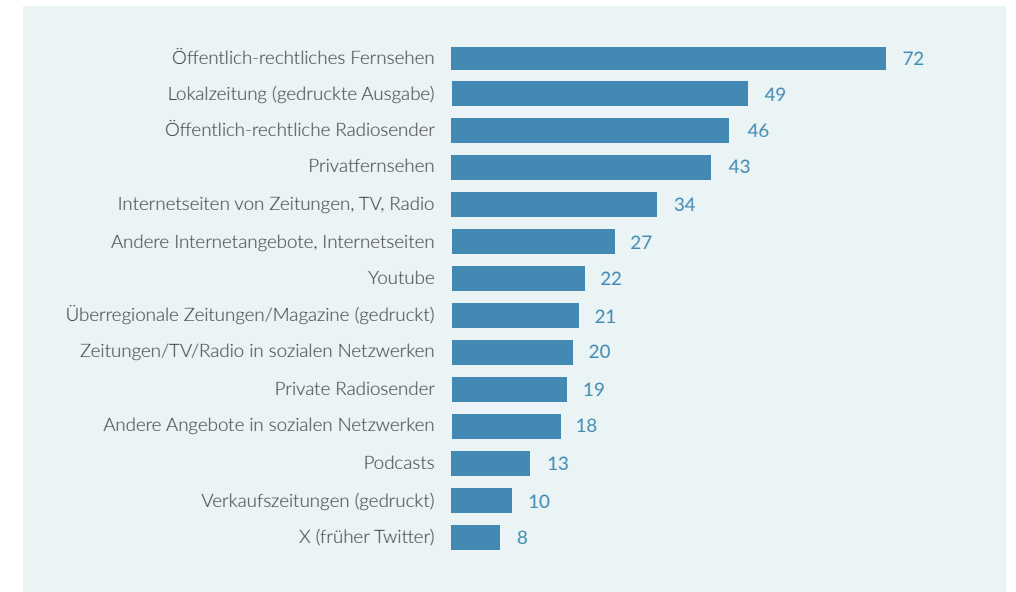
Grafik 5: Sichtbarkeit des Themas „Covid-19“ im Zeitverlauf
(Anteil an der Gesamtberichterstattung)



Seit über 30 Jahren wird Tag für Tag anhand der Haupt-Nachrichtensendungen von ARD und ZDF untersucht, mit welcher Intensität welche Themen den Deutschen in die Wohnzimmer gebracht werden. Themen, denen weniger als 1,5 Prozent der ausgestrahlten Berichte gewidmet werden, können als quasi nicht-wahrnehmbar eingestuft werden.⁵ Themen, die über diesem Wert liegen, haben die Chance, vom Publikum wahrgenommen zu werden und damit auch Einzug in den privaten oder öffentlichen Diskurs zu finden – messbar zum Beispiel im monatlichen Sorgenbarometer, publiziert von der Forschungsgruppe Wahlen, dem Partner des ZDF. Diese seit 30 Jahren bestehenden Medien-Inhalts-Analysen bieten damit gleichzeitig die Chancen, die Sorgen der Deutschen in ihrem Auf und Ab vorherzusagen.

Noch nie wurde in diesen 30 Jahren eine Berichtsintensität gemessen, wie sie von ARD, DLR und ZDF zwischen 2020 und 2023 im Zusammenhang mit Covid geliefert wurde: Wer über mehr als zwei oder gar drei Monate mit einer derartigen Mono-Thematisierung konfrontiert wird, verhält sich anders als ein Mensch, der beim abendlichen Nachrichtenkonsum mit abwechselnden Informationen bedient wird. Während laut Reuters-Institut 40 Prozent der Deutschen sich dieser Gefahr nicht mehr aussetzen, entscheiden sich noch immer 60 Prozent für dieses Programm.

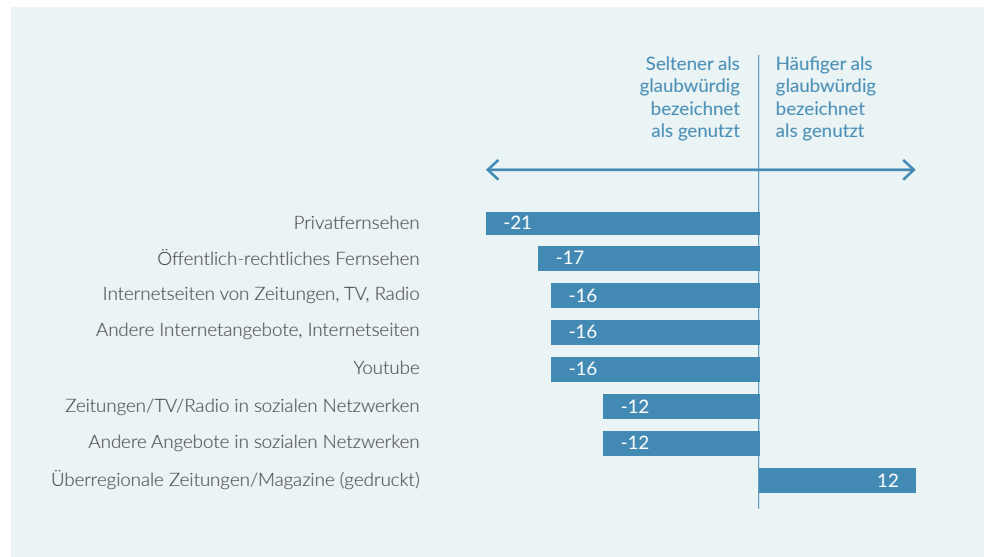
Grafik 6: Information über Politik und aktuelle Ereignisse: Quellen



Hier ist nicht der Raum, um zu erläutern, warum Menschen etwas wählen, von dem sie wissen, dass es ihnen eigentlich schadet. Aber in ihrer Beurteilung des Gewählten sind die Deutschen klar: Weder das Angebot der privaten noch der öffentlich-rechtlichen Sender hält dem Glaubwürdigkeitstest stand:

Grafik 7: Glaubwürdigkeitslücke

(Die größten Differenzen zwischen Nutzung und Glaubwürdigkeit in Prozentpunkten)

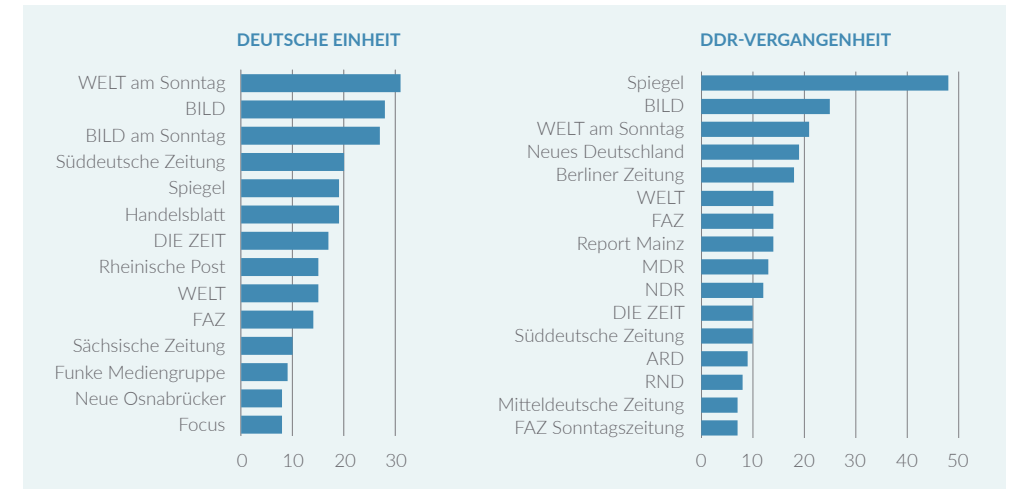


Allein mit Blick auf diese Grafik wird deutlich, warum der Freiheitsindex 2024 im Gebäude der FAZ präsentiert wird. Wer sich bewusst macht, dass – grob gesagt – der gesamte Inhalt einer TV-Nachrichtensendung auf nur eine Seite der FAZ, SZ oder taz passt, bekommt allein quantitativ ein Gefühl für den Wert, den die überregionalen Medien Tag für Tag leisten – ohne dafür Gebührgelder zu beziehen.

Egal ob FOCUS, SPIEGEL, STERN oder ZEIT, egal ob BILD, FAZ, FR, SZ, taz oder WELT – sie alle investieren in Angebote mit einer Themen-, Personen- und Institutionen-Vielfalt, ohne die Repräsentation und Aufmerksamkeit nicht gelingen kann. Wie gut dies gelingt, zeigt die unverändert hohe Positionierung insbesondere der Print-Titel beim Zitate-Ranking, also der wissenschaftlichen Analyse, wessen Inhalte von den deutschen Leitmedien zu diversen Themen am stärksten aufgegriffen werden – hier das Beispiel Ostdeutschland bzw. Deutsche Einheit:

Grafik 8: Inhalte von ARD, DLR und ZDF werden kaum aufgegriffen

(Meistzitierte Medien zur Deutschen Einheit und DDR-Vergangenheit, 2012–2023, Anzahl der Zitate)

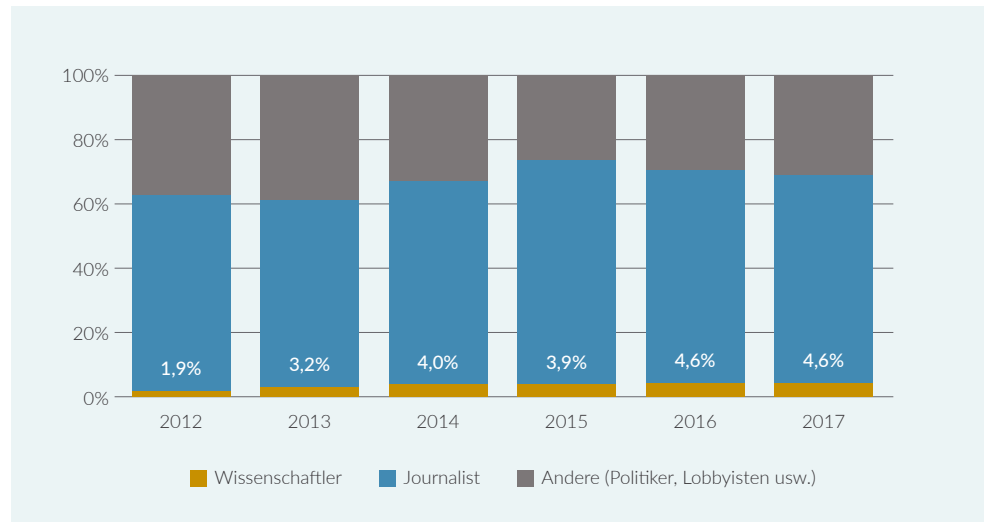


Christoph Keese, ehemaliger Chefredakteur der FINANCIAL TIMES Deutschland und der WELT am SONNTAG, sah in diesen Werten den „Goldstandard für Journalisten“, weil Redaktionen unter den bekannten Realitäten ungern auf inhaltliche Leistungen des Wettbewerbs verweisen – dies also nur dann tun, wenn „dem anderen“ echte News gelungen waren, die der eigenen Leserschaft nicht vorenthalten werden konnten.

Ähnlich wie beim Zitate-Ranking führte auch die Einführung des „Ökonomen-Rankings“ im deutschsprachigen Europa zu einer deutlich breiteren Sichtbarkeit unterschiedlicher Fachpositionen: Lag der Anteil, mit dem Wirtschaftswissenschaftler in den deutschen Leitmedien im Rahmen der betriebs- oder volkswirtschaftlichen Berichterstattung mit ihrer Expertise Aufmerksamkeit erhielten, vor der Einführung nur bei 1,9 Prozent, stieg dieser Wert geradezu sprunghaft auf 4,6 Prozent in den Folgejahren.

Auch hier wurde schnell deutlich, wie Quantitäten schnell in Qualitäten umschlagen können: Vor 2013 war es vor allem die Ansicht von Hans-Werner Sinn, die von den Redaktionen in Deutschland Aufmerksamkeit erhielt. Mit dem Anstieg auf fast fünf Prozent wurde ein breiteres Spektrum des deutschen und internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Know-Hows bekannt. In der Folge stiegen nicht nur die Drittmittel-Optionen für diese nun bekannteren Forscher, sie konnten auch höhere Honorare für Vorträge erzielen. Und wenn es der Wissenschaft gut geht, steigen die

Grafik 9: Größere Sichtbarkeit von Ökonomen seit Einführung des Rankings
(Share-of-Voice von Wissenschaftlern zu allen Wirtschaftsthemen 2012–2017)



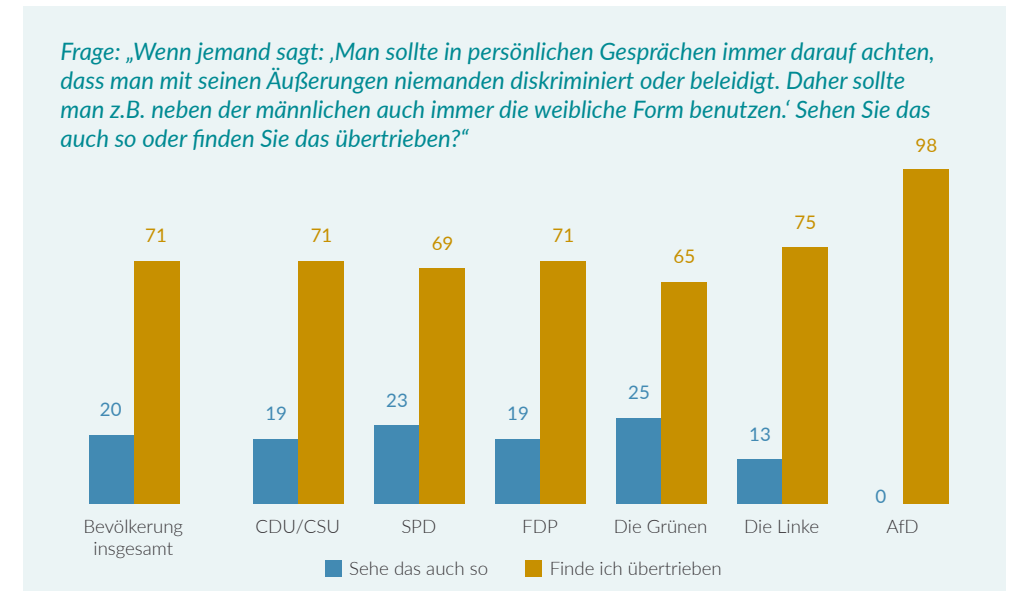
Chancen, dass auch die Bürger von der Vielfalt der Argumente und Perspektiven im Sinne des Repräsentationsgefühls profitieren.

Und genau hier kommt die Belastung der Gender-Bewegung zum Tragen: Obwohl vor zehn Jahren parteiübergreifend eine überdeutliche Mehrheit der Deutschen diesen Verstoß gegen die Grammatik ablehnte, erleben die Menschen im Norden, Westen, Osten und Süden der Republik auf Schritt und Tritt, wie von Behörden über Medien bis hinein in die Schulen und die Wissenschaft ihre Überzeugung mit Füßen getreten wird.

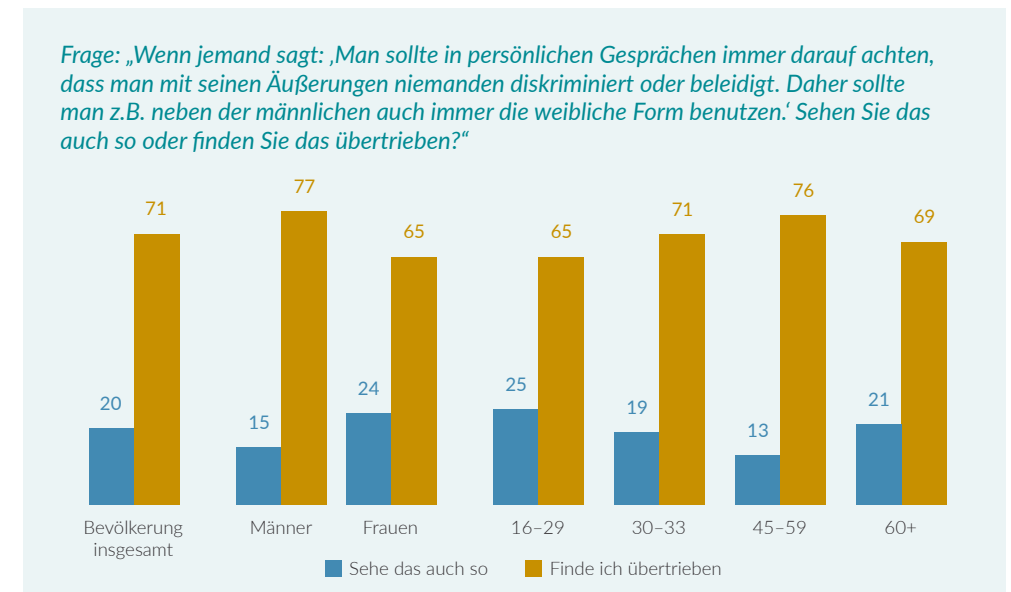
Diese massive Ablehnung gilt nicht nur für die Vertreter aller Parteien, sie ist in gleicher Weise auch altersgruppen- und geschlechterübergreifend in seltener Übereinstimmung zu erkennen (Grafiken 10 und 11).

An dieser Stelle sei auf das Buch „Die hohe Kunst des Verzichts“ von Otfried Höffe aus dem Jahr 2023 verwiesen und wie folgt zitiert: „Sowohl die öffentlichen Rundfunkanstalten als auch zahlreiche Lehr- und Forschungseinrichtungen zwingen der Öffentlichkeit, ungeachtet zahlreicher Proteste von Sprachwissenschaftlern und anderer Fachleute und trotz Ablehnung von etwas zwei Dritteln der wahlberechtigten Deutschen, die sogenannte Gendersprache auf. Der entsprechende Zwang entspringt, das darf man durchaus sagen, einer Hybris der entsprechenden Instanzen, dem Machtgefühl nämlich, der Öffentlichkeit vorschreiben zu dürfen, wie sie zu reden und zu schreiben habe. Mit der Verpflichtung der

Grafik 10: Einstellung zum Gendern – Parteienhängerschaft
(An 100 fehlende Prozent: unentschieden)



Grafik 11: Einstellung zum Gendern – Geschlecht und Altersgruppen



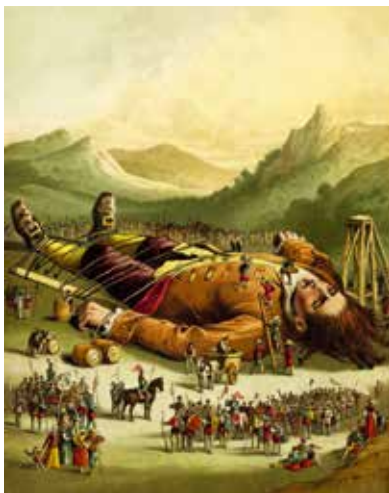
öffentlichen Rundfunkanstalten auf Unparteilichkeit ist diese sprachliche Parteilichkeit schwerlich zu vereinbaren. Nach dem sprachwissenschaftlichen entscheidenden Gegenargument hat das generische Maskulinum, die grammatisch männliche Bezeichnung einer Person oder Sache, mit dem biologischen Geschlecht definitionsgemäß nichts zu tun. Nach einem zweiten Gegenargument entspricht die Gendersprache nicht der amtlichen Rechtschreibung und der ihr folgenden Aussprache. Vermutlich wollen die Verantwortlichen mit der Macht ihres öffentlichen Einflusses die amtliche Rechtschreibung zwingen, die Gendersprache in die amtliche Rechtschreibung aufzunehmen. Zu hoffen ist, dass der Duden über hinreichendes Selbstbewusstsein verfügt, sich dem zu widersetzen. Weiterhin: Wenn es stimmen sollte, was man von einigen Universitäten hört, dass Qualifikationsarbeiten ohne Gendersprache schlechter bewertet werden, kann man nur den Kopf schütteln. In den Wissenschaften sollte allein die Qualität zählen.“

Wahrscheinlich können ausreichend viele sich noch an ihre Jugend erinnern und an die Lektüre des herrlich illustrierten Buches von Jonathan Swift, in dem er schon die Kinder darauf hinweist, dass vermeintlich Große

sich ganz klein fühlen können. Der Souverän in einer repräsentativen Demokratie sollte sich eigentlich frei, unabhängig und hier und da auch ein wenig stolz fühlen. Wer heute die Erfahrung macht, dass das, was ihn auszeichnet – das Sprechen und Hören –, und dadurch sein Sein, seine Gewohnheit und die damit verbunden die innewohnende Sicherheit nicht mehr gilt: Der erlebt nun mit einem Verzug von 34 Jahren, was die Menschen zwischen Rostock und Suhl – bei aller Freude über die gewonnenen Freiheiten – am eigenen Leib oder in ihrer Familie und im Freundeskreis immer wieder erfahren mussten: Das Fundament ist verloren gegangen. Sicherheiten – erfreuliche, schlicht gewohnte wie auch unerfreuliche – galten nicht mehr. Niemand benötigt auch nur ein Semester Psychologie, um zu erkennen, dass dieses

tägliche Erinnert-Werden an den Grundfesten des Bewusstseins rütteln muss, weil Ohnmachtserfahrungen in den Dimensionen eines Gullivers nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Tag für Tag ist dies nun der Alltag für Sprachbewusste. Aber nicht nur für sie: Wer Ärzten zuhört, wie der steigende Bürokratie-Aufwand dazu führt, dass sie sich immer weniger mit dem beschäftigen können,



wofür sie studiert haben: den kranken Menschen, bekommt ein Gefühl, warum das Ohnmachtsgefühl immer mehr um sich greift. Das Gleiche berichten die in Schulen Tätigen – statt ihren Schutzbefohlenen das Wissen weitergeben zu können, verschlingen wachsende Reporting-Pflichten die Zeit, die früher den besonders Bedürftigen gewidmet werden konnte. Und warum investieren insbesondere die Mittelständler immer weniger in ihr eigenes Leben, den Betrieb, der nicht selten von den eigenen Eltern und Großeltern aufgebaut wurde? Wie empfinden diejenigen, die in Lokalzeitungen und im Fernsehen Beurteilungen über sich lesen und hören, die mit ihrer Lebensrealität nicht in Einklang zu bringen sind? Dass es für diese Erfahrungen einen lateinischen Spruch gibt: „semper aliquet haeret“, lässt erahnen, dass diese Art der Versäumnisse insbesondere durch Journalisten nicht erst seit gestern zu erleiden sind. Aber die Intensität hat in diesem Jahrtausend eine besondere Wucht entwickelt, die auf der einen Seite immer weniger Menschen ermutigt, sich im öffentlichen und damit auch veröffentlichten Raum zu engagieren oder im vermeintlich „Kleinen“ einfach nur zu seiner eigenen Meinung zu stehen. Umso genauer sollte auch bei diesem Freiheitsindex auf die Detaildaten der Meinungsumfragen mit Blick auf den jeweiligen Bildungsgrad geachtet werden. Denn wenn nur noch 28 Prozent der Mitmenschen mit Hauptschulabschluss bzw. 32 Prozent derjenigen mit Realschulabschluss sich noch trauen, ihre Meinung zu sagen, dann bedeutet dies, dass gut zwei Drittel der Gesellschaft kaum noch wahrzunehmen sind.

Mit dem Gesamtergebnis der 47 Prozent Deutschen, die sich nun wieder im Stande sehen, ihre Meinung zu äußern, scheint eine Trendwende gelungen. Die nachfolgenden Kapitel bieten in diesem Sinne nicht nur weitere Vertiefungen, sondern auch erste Perspektiven, wie diese Trendwende verstetigt werden kann. Insbesondere dank der vielfältigen Initiativen, zu denen sich die Jungen berufen fühlen.

¹ Mahrenholz in „Grundversorgung – Pflichten und Rechte“, 1999

² Müller, Bräutigam, Klinkhammer: Zwischen Feindbild und Wetterbericht: Tagesschau & Co. – Auftrag und Realität, PapyRossa Verlag Köln, 2019

³ Bericht des Rates für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Januar 2024

⁴ Gemäß Kai Gniffke im TV-Gespräch der Neuen Osnabrücker Zeitung „Warum sind ARD und ZDF so grün“ vom 18.1.2024

⁵ Eccles, Newquist, Schatz: „Reputation and its Risk“ in Harvard Business Review, 2007

«Freiheit ist die Unabhängigkeit von dem zwanghaften Willen eines anderen, soweit sie mit der Freiheit von jedem anderen nach einem allgemeinen Gesetz bestehen kann.»

Immanuel Kant, „Metaphysik der Sitten“

Carsten Knop

**WO DIE DEMOKRATIE-
GESCHICHTE EINE
RENAISSANCE ERLEBT**

PRESSE- UND MEINUNGS-FREIHEIT SIND HEUTE FUNDAMENTE DEMOKRATISCHER VERFASSUNGEN. ABER MAN DARF SIE NIE FÜR SELBST-VERSTÄNDLICH HALTEN.

Der Historiker Christopher Clark bezeichnet die deutsche Revolution von 1848/49 als die „einzige wahrhaftig europäische Revolution“, die es je gegeben habe. Als in Paris der sogenannte Bürgerkönig gestürzt wurde, sprang 1848 der revolutionäre Gedanke auch auf Deutschland über und entfaltete Kraft, endlich, wie die meisten Zeitgenossen gedacht haben dürften. Die herrschenden Fürstenhäuser wurden von der Breite der Ereignisse überrascht, manche sagen überrollt, schnell beugten sie sich den Forderungen des März 1848, gewährten Freiheiten, verfassunggebende

Landtage sowie auf nationaler Ebene erstmalig ein nach allgemeinem Wahlrecht für Männer gewähltes gesamtdeutsches Parlament, das am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt eröffnet wurde.

Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Rede zum Paulskirchenjubiläum im vergangenen Jahre gesagt, nun sei es an der Zeit, die gemeinsame europäische Geschichte auch gemeinsam zu erzählen: „Auf dem Weg zu einer europäischen Identität, die niemand neu erfinden kann, brauchen wir diese Erinnerung an eine gemeinsame Geschichte des Kampfes um Freiheit und Demokratie.“ Wie aber kann diese Geschichte Verbreitung finden?

Dass die Ideen und Grundrechte, die die Revolutionäre damals formulierten, schon zu jener Zeit Beachtung fanden und in Deutschland trotz aller Verwerfungen nie wieder in Vergessenheit gerieten, ist vor allem der in diesen Grundrechten enthaltenen Presse- und Meinungsfreiheit zu verdanken. Presse- und Meinungsfreiheit sind heute Fundamente demokratischer Verfassungen. Aber man darf sie nie für selbstverständlich halten. Zum Beispiel in Russland: Dort gibt es keine demokratische Tradition,

keine Paulskirche, keinen erkämpften Grundrechtskatalog, keine Presse- und Meinungsfreiheit. Aber auch in vermeintlich gefestigten Demokratien kann diese Freiheit angegriffen werden. Wo dies gelingt, erodieren auch alle anderen Freiheiten. Das ist eine Mahnung von 1848.

Den klugen Umgang mit Meinungs- und Pressefreiheit mussten die Deutschen erst noch lernen, und vielleicht ist das eine Aufgabe, die immer bleibt. Der Geist war aus der Flasche, auch wenn man sich immer wieder daran erinnern muss(te), was man davon hat: als das Rad in Deutschland

nach der Bismarckschen Reichsgründung 1871 durch ein Pressegesetz wieder zurückgedreht wurde, zum Beispiel, und erst recht unter der Nazi-Diktatur. Entscheidend ist: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 garantiert in Artikel 5 die Meinungs- und Pressefreiheit.

Viele im Volk hadern damit in der heutigen Zeit, sie glauben, dass die Freiheiten nicht (richtig) genutzt werden, einerseits, und das man andererseits auch als Privatperson nicht mehr das sagen dürfe, was man denke. In den Medien sind dies die überregionalen Titel, die noch ein gewisses Maß an „Glaubwürdigkeits“-Überhang bei den Menschen haben, wie eine Media-Tenor-Umfrage zeigt. Aber das Misstrauen sitzt tief. Und die Ansicht, man müsse Angst haben, seine Meinung zu artikulieren, ist immer noch weit verbreitet. Ende 2023, abermals in einer Media-Tenor-Umfrage, der Tiefpunkt: 44 Prozent hatten Angst, 40 Prozent nicht. In diesen Wochen hat sich das Verhältnis gedreht, 47 Prozent sind mutig, 40 Prozent haben Angst. Das ist besser, aber erschreckend bleibt es doch.

Wie lebhaft es zugehen kann, wenn eine freie Debattenkultur herrscht, beschreibt Jörg Bong in seinem Buch „Die Flamme der Freiheit“: Bong entführt seine Leser unter anderem in das Zeitungslesekabinett von Gustav Oehler auf der Frankfurter Zeil. Für wenig Geld, sogar mit halbjährlicher oder ganzjähriger Flatrate, konnte man dort vor 175 Jahren nach Herzenslust Zeitung lesen. Die Abgeordneten der Paulskirche liebten das Angebot. In zehn Minuten konnten sie von ihrem Tagungsort an der Hauptwache vorbei hierher schlendern. Denn Oehlers Geschäft lag am westlichen Ende der Zeil. „Vorrätig sind die meistgelesenen deutschen Zeitungen, Oehler hält je ein paar Exemplare bereit“, berichtet Bong.

Und wie viele Zeitungen es damals gab! Ständig kamen neue hinzu. Oehler zählt sie in einer Anzeige auf: „Deutsche Zeitung von Gervinus, Allgemeine Zeitung, Leipziger Allgemeine Zeitung, Deutscher Zuschauer, Karlsruher Zeitung, Badischer Landtagsbote, Nürnberger Korrespondent, Kölner Zeitung, Berliner Vossische Zeitung, Breslauer Zeitung, Schwäbischer Merkur, Bremer Zeitung, Rheinisches Volksblatt, Hanauer Zeitung, Frankfurter Journal, Frankfurter Zeitung, Kasseler Allgemeine Zeitung“. Die Zeit erlebte einen Nachrichten hunger. Zwei oder drei Ausgaben an einem Tag waren bei den großen Zeitungen keine Seltenheit, dazu kamen stattliche Beilagen.

Doch: Allzu oft vermischten sich Fakten mit Gerüchten, und auch hier wurde im Eifer des Gefechts manche Gefahr übersehen. Ein Keim des Scheiterns der Revolution ist auch hier zu finden. Wie nahe liegt da der Gedanke an das Fake-News-Zeitalter im Hier und Jetzt, das abermals die Axt an demokratische Grundwerte legt. Die Wahrheit ist also: Man darf

DIE WAHRHEIT
IST: MAN DARF
ALLES SAGEN,
OB RICHTIG
ODER FALSCH,
ABER BESSER
WÄRE ES, ES
WÄRE RICHTIG!

alles sagen, ob richtig oder falsch, aber besser wäre es, es wäre richtig!

Was aber bleibt: Am 18. Mai 1848 war in der Paulskirche erstmals ein gewähltes gesamtdeutsches Parlament zusammengetreten. In diesem Gebäude erarbeitete die Nationalversammlung von Mai 1848 bis Mai 1849 eine Verfassung mit den „Grundrechten des Deutschen Volkes“. Sowohl

die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als auch das Grundgesetz von 1949 griffen Ideen von 1848 auf. Damals war der „Geist der Freiheit“ geweckt worden, der sich zumindest auf lange Sicht nicht mehr unterdrücken ließ. Und das Schwarz-Rot-Gold der „Achtundvierziger“ steht weiter für nationale Einheit und bürgerliche Freiheit.

Der Historiker Dieter Langewiesche erinnert an einen weiteren Aspekt, den die desillusionierten Demokraten von damals vielleicht am stärksten unterschätzten: Soziale Grundrechte wurden zwar nicht formuliert, doch aus den Verfassungsdebatten und auch aus der verabschiedeten Verfassung sprach „ein sozialer Grundton“, an den in der bismarckschen Sozialgesetzgebung der 1880er-Jahre angeknüpft werden konnte. Zudem hatten etliche Grundrechte erhebliche soziale Wirkungen. So hob die Verfassung

ständische Bindungen und Vorrechte, auch beim Zugang zu öffentlichen Ämtern, auf, verpflichtete zu einer gerechteren Besteuerung in Staat und Gemeinde und erklärte alle öffentlichen Unterrichtsanstalten für kostenfrei.

Und die Verfassung sah zwar kein parlamentarisches Regierungssystem vor, doch in der Praxis der beiden Revolutionsjahre von 1848 und 1849 wurde es eingeübt und etablierte sich. Als die Regierung die Mehrheit im Parlament verlor, trat sie zurück, und es wurde eine neue entsprechend der neuen Mehrheitsverhältnisse eingesetzt. So haben die Revolutionäre von 1848/49 den Deutschen eine moderne, freiheitliche, demokratische Perspektive eröffnet, auf die sie immer wieder zurückkommen können – und auch müssen. Die es zu verteidigen gilt, in jeder Zeit aufs Neue.

„Aus Untertanen wurden Bürger“, sagte der Bundespräsident in der Paulskirche. Und für die Paulskirche selbst formulierte er den Wunsch, sie möge künftig noch mehr zu einem lebendigen Erinnerungs- und Lernort der Demokratie werden. Der Ort wäre in der Tat gut gewählt: Jahre nach der Nationalversammlung habe Reichskanzler Otto von Bismarck, alles andere als ein Freund der Demokratie, Frankfurt als „Demokratennest“ be-

zeichnet. „Wir fassen das in Frankfurt als Ehrentitel auf“, sagte der Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) im Mai in der Paulskirche. Den Paulsplatz muss man für die Demokratie nicht bebauen, aber die Herzen gewinnen, wie einst die Revolutionäre von 1848/49. Das, was 1848 erstritten wurde, muss bis heute jeder selbst mit Leben füllen. Vorsicht dabei aber vor zu viel Radikalität und Lagerdenken, überbetont und verstärkt vom Fake-News-Lautsprecher der Gegenwart. Sie dürfen alles sagen, aber zutreffen sollte es schon.

«Die Freiheit des einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.»

Karl Marx, „Das Kapital“

Thomas Brockmeier

**FREIHEIT VERZWEIFELT
GESUCHT – UNTERNEH-
MERTUM BRAUCHT LUFT
ZUM ATMEN!**

Einführung

Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts. So wird denn die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland mit unterschiedlichen Ausprägungen und Zuschreibungen hoch geschätzt, zum Teil mit Grundrechtscharakter: Recht auf Leben, Verbot von Sklaverei und Diskriminierung, Gedanken- und Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Als grundlegende Freiheitsrechte mit engem Wirtschaftsbezug wären etwa zu nennen die Freiheit der Berufswahl sowie grundlegende Gewerbe- und Vertragsfreiheit.

Auch ist es kein Zufall, dass das bundesdeutsche Strafrecht (wie das vieler anderer Staaten auch) in Haftstrafen – auch Freiheitsstrafen genannt – das schärfste Sanktionsschwert sieht. Freiheitsberaubung gilt als Kapitalverbrechen.

Doch nicht immer kommt die Freiheitsbeschränkung mit Brachialgewalt daher. Mitunter geschieht das Ganze subtiler, bisweilen gar schleichend – nach und nach wird die Luft zum Atmen knapper, werden Handlungsspielräume eingeschränkt. Man sieht sich einer Vielzahl von Stricken und Fäden ausgesetzt, die die eigene Handlungsfreiheit einschränken. Diese Vielzahl ist es, die dem Ganzen eben gerade nicht die Gestalt des berühmten „gordischen Knotens“ verleiht, der dann mit einem entschlossenen Hieb an der richtigen Stelle durchschlagen werden könnte. Denken wir beispielsweise an die Vielzahl rechtlicher Regelungen und behördlicher Auflagen, die Gewerbetreibende in ihrem täglichen Tun zu beachten haben, dann wird der immer wieder geäußerte Wunsch nach Deregulierung und Bürokratieabbau nur zu verständlich.

Aber auch hier gilt: Es gibt eben nicht *die* eine Vorschrift, die abzuschaffen wäre, um wieder Luft unter die Schwingen zu bekommen; es ist vielmehr die Gesamtheit der Regeln und Auflagen – die sog. „Regelungsdichte“ –, die manchem regelrecht die Luft zum Atmen und Agieren abschnürt. Nicht zufällig steht „Bürokratieabbau“ seit Jahren oben auf dem Wunschzettel vieler Unternehmer.

Soziale Marktwirtschaft: historisches Idealbild und aktuelle Realität

Die oben grob skizzierte Realität kontrastiert mittlerweile aufs Schärfste mit dem Idealbild der Sozialen Marktwirtschaft, das vor Jahrzehnten von Wissenschaftlern wie Franz Böhm, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Walter Eucken vorgedacht, von Alfred Müller-Armack und anderen konzipiert und konkretisiert und dann von Ludwig Erhard mutig und entschlossen ins Werk gesetzt wurde. Die Aufhebung der Bewirtschaft-

tungsvorschriften durch das Leitsätze-gesetz vom Juni 1948, begleitet von einer Währungsreform, schuf die Voraussetzungen für eine Entwicklung, die zwar im Volksmund als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde, aber Fachleute mit ordnungstheoretischer Grundausbildung kaum überrascht haben dürfte: Wenn die Märkte offen sind und die Anreize stimmen, wird der Wettbewerb als dann geeignetes Koordinationsverfahren seine segensreichen Wirkungen im Grunde zwangsläufig entfalten. Unter zwei Voraussetzungen: Wenn man ihm Raum gibt und wenn er regelgebunden – heute würde man von „fair“ sprechen – abläuft. Das war in den ersten Jahren nach der berühmten „Stunde null“ und dem oben beschriebenen Startschuss nicht immer der Fall. So wurde nach einem Jahrzehnt freier Marktwirtschaft das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verabschiedet – umgangssprachlich auch „Grundgesetz der Wirtschaft“ genannt. Dieses Gesetz sollte insbesondere sicherstellen, dass ein Aspekt, um den es insbesondere etwa Walter Eucken mit seiner Idee einer „Wettbewerbsordnung“ zu tun war, in den Blick genommen wird: die entschlossene und wirksame Bekämpfung wirtschaftlicher Macht. Möglichst präventiv, durch grundsätzliches Kartellverbot und strikte Fusionskontrolle; oder zumindest disziplinierend durch eine aufmerksame Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, kann doch eine marktbeherrschende Stellung prinzipiell durchaus durch Innovations- und/oder Leistungsüberlegenheit, also keineswegs nur durch wettbewerbsbeschränkendes Verhalten erreicht werden.

Die ordoliberalen Vordenker, die sich in den 1930er und frühen 1940er Jahren – zum Teil unter Gefahr für Leib und Leben – Gedanken über die mögliche Ausgestaltung einer menschenwürdigen und zugleich leistungsfähig effizienten Wirtschaftsordnung nach einem Ende der Nazibarbarei gemacht hatten, verorteten also mögliche Gefahren und Hemmnisse für (fairen) Wettbewerb und Einschränkungen der „Wettbewerbsfreiheit“ (Erich Hoppmann 1967) wie selbstverständlich im Wirtschaftssystem selbst. Mit wachem Blick auf die Strukturen (Fusionskontrolle) und die Verhaltensweisen der Akteure (Kartellverbot) wollte man die damit verbundenen Gefahren von Wettbewerbsbeschränkungen bannen. Getragen wurden sie von der festen Überzeugung, dass es kein wirksameres Mittel zur Bekämpfung wirtschaftlicher Macht gibt als Wettbewerb. Vermutlich wären sie nicht im Traum darauf gekommen, dass innerhalb einer solch neuen menschenwürdigen Ordnung – einer Demokratie mit durch freie Wahlen bestimmten politischen Entscheidungsträgern in Parlament und Regierung – Gefahren für den Wettbewerb von ganz anderer Seite drohen könnten. Nicht endogene, also dem Wirtschaftssystem und den Märkten

bzw. dem Verhalten der Marktteilnehmer selbst inhärente Risiken und Gefahren also, sondern gleichsam exogene – bewirkt ausgerechnet durch jene, die doch gerade eher Schiedsrichter- und Überwacherfunktionen haben und für gute Rahmenbedingungen sorgen sollten.

Die heutige Realität unterscheidet sich vom Idealbild der ordoliberalen Vordenker deutlich: Nicht eine von wenigen grundlegenden Vorschriften definierte Ordnung bildet einen stabilen Rahmen für unternehmerisches Wirken, ab und an vorsichtig angereichert oder angepasst durch wohldefinierte Vorschriften mit klar definiertem Zweck. Sondern ein immer dichter werdendes Gestrüpp einer wahren Unzahl von rechtlichen Regelungen und behördlichen Entscheidungen, einander mitunter sogar widersprechend, ist eher dazu angetan, unternehmerische Aktivität zu lähmen oder gar zu unterdrücken als Lust auf unternehmerische Selbständigkeit zu machen. Das trifft übrigens nicht nur auf „klassische“ Gewerbetreibende zu. Ein enger Freund mit eigener Arztpraxis in Berlin erzählte mir kürzlich den aus seiner Sicht kürzesten Witz; der Witz besteht aus einem einzigen Satz: „Niedergelassene Ärzte in Deutschland sind Freiberufler.“ Kurze Pause, danach schallendes Gelächter und der Zusatz: „Galgenhumor!“ No further comment necessary.

Politischer Wettbewerb I: immer mehr (schlechte) Gesetze beschränken Freiheit

Idealtypisch stellt der (partei-)politische Wettbewerb in einer Demokratie eine Art Pendant oder Analogon zum wirtschaftlichen Wettbewerb in einer Marktwirtschaft dar. Diese Analogie geht dann auf, wenn das inhaltliche Angebot der politischen Parteien wohldefiniert und insoweit unterscheidbar ist. Diese Differenzierung ist zwingend notwendig, denn nur durch sie werden mehrere Angebote überhaupt zu Alternativen, zwischen denen dann entschieden werden kann. Ökonomie bedeutet immer Entscheidung zwischen Alternativen – die Freiheit zur Entscheidung, aber eben auch den Zwang zur Entscheidung. Wenn allerdings im Vorfeld von Wahlen die demoskopischen Forschungsinstitute Hochkonjunktur haben, um herauszufinden, was der Bürger bzw. die Wählerin will und die Parteien sich in ihrem „Wettbewerb“ dann weitestgehend darauf beschränken, sich wechselseitig darin zu übertreffen, dem (vermuteten bzw. demoskopisch erforschten) Wählerwillen möglichst passgenau dienlich zu sein, dann darf man sich nicht wundern, wenn Unterschiede mitunter nur noch in Nuancen wahrgenommen werden können. Freiheit und politischer Wettbewerb? Fehlzanzeige.

Mithin „verlagert“ sich der Wettbewerb nicht selten auf andere Felder, selbst im Regierungshandeln wird das dann sichtbar. So bemühten sich beispielsweise der Bundeswirtschafts- und der Bundesfinanzminister vor wenigen Monaten im Rahmen eines beinahe absurd anmutenden Wettbewerbs darum, deutlich zu machen, wer von beiden der bessere („fleißigere“) Minister sei; als Kriterium wählten beide die Anzahl der während der laufenden Legislaturperiode von ihrem jeweiligen Haus initiierten Gesetze. Die Anzahl der Gesetze! „Fleißkärtchenwettbewerb“ zwecks Nachweis guter Regierungsarbeit? Es ist nicht zu fassen!

Hinzu kommt: Die Qualität der verabschiedeten Gesetze lässt mitunter sehr zu wünschen übrig. Damit ist – nota bene – nicht der inhaltliche Qualitätsbezug gemeint, sondern schlicht die oft als „handwerklich“ bezeichnete Qualität: Eine nicht eben geringe Zahl der Gesetze erweist sich beispielsweise als nicht verfassungskonform. Das allein darf man wohl als Blamage bezeichnen und sollte Anlass zum Nachdenken geben, darf doch wohl mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass an der „Herstellung“ der bewussten Gesetze nicht eben wenige Volljuristen beteiligt waren. Ein weiterer Aspekt: Nicht selten versäumt es der Bundesgesetzgeber, nachgeschaltete Verordnungen und Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Ohne diese jedoch sind die Gesetze praktisch wertlos, weil kaum anwendbar. Bleibt der Bund insoweit säumig, geht diese Pflicht auf die Länder über. Hakt es auch da, stehen die Zuständigen auf kommunaler Ebene nicht selten komplett mit leeren Händen und entsprechend hilflos orientierungslos da. Als Beispiel aus jüngerer Vergangenheit sei etwa die Regelung zum sog. „beschleunigten Fachkräfteverfahren nach § 81a Aufenthaltsgesetz“ angeführt: Mangels konkretisierender Anwendungs- und Durchführungsbestimmungen entstand auf kommunaler Ebene große Unsicherheit, wie denn nun mit der neuen Regelung zu verfahren sei. In manchen Bundesländern wurden „Zentralstellen“ zur gebündelten Bearbeitung eingerichtet, in anderen nicht. Einige wenige Hinweise im Sinne der Definition eines Handlungskorridors hätten den meisten Kommunen und deren zuständigen Ausländerbehörden gewiss schon geholfen: Was müssen wir in jedem Fall tun? Was dürfen wir auf keinen Fall tun? Zwischen diesen beiden Leitplanken, kurz und präzise definiert, hätten sich dann Interpretations-, Ermessens- und Entscheidungsspielräume finden und nutzen lassen. Derlei Orientierung blieb leider aus. Bund und Länder bemühten sich zwar, bildeten eine gemeinsame Arbeitsgruppe, um eine Art „Leitfaden für die Praxis“ zu entwickeln. Der Berg kreißte und gearbete schließlich eine „Handreichung“ mit mehr als 260 (in Worten: zweihun-

dertsechzig!) Seiten. Soll man das ernstnehmen? *Kann* man so etwas überhaupt ernstnehmen?

Dass die Bürokratie überhand nimmt, liegt jedoch nicht einfach „nur“ an zu vielen oder auch handwerklich nicht immer gut gemachten rechtlichen Regelungen, sondern hängt auch mit einer fundamentalen Schiefelage zusammen: Es gibt mittlerweile in Deutschland mehr als 5,2 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, aber weniger als 4 Millionen Selbstständige. Eine solche Dysbalance hält nicht einmal die stärkste Volkswirtschaft lange aus (und zu den stärksten zählt die bundesdeutsche seit geraumer Zeit schon nicht mehr – es sei nur auf die „rote Laterne“ Deutschlands beim europaweiten Wachstumsvergleich hingewiesen). Der öffentliche Dienst ist seit geraumer Zeit der einzige Bereich, in dem die Beschäftigung nach Köpfen überhaupt noch zunimmt. Zugleich sind die Teilzeitquoten im öffentlichen Dienst signifikant höher als in der Privatwirtschaft. Im Kern bedeutet das: Es gibt ein massives „crowding out“ – allerdings nicht bei den Investitionen (eine Gefahr, die es z.B. in der Welt von John Maynard Keynes noch gab), sondern bei der Beschäftigung (*das* hätte sich Keynes gewiss niemals träumen lassen ...). Anders ausgedrückt: Die öffentliche Hand greift in massiver Weise auf die ohnehin schrumpfende Arbeits- und Fachkräftebasis zu – zu Lasten der Privatwirtschaft, damit zu Lasten der dadurch zunehmend austrocknenden Steuerquellen, was als unvermeidbare Folge dieser „Abkehr von Wertschöpfung“ angesehen werden muss. Und damit letztlich zu Lasten des Gemeinwesens, dessen Eck- und Stützpfeiler ja schließlich durch Steuermittel finanziert werden. Durch die Aufblähung des öffentlichen Dienstes trocknet die öffentliche Hand also gleichsam ihre eigene Existenzgrundlage aus.

Politischer Wettbewerb II: Regierungshandeln setzt falsche oder zerstört Anreize

Der ifo-Geschäftsklimaindex gilt seit Jahrzehnten als verlässlicher Frühindikator für die künftige Konjunkturentwicklung. Die monatliche Umfrage unter 7.000 Unternehmen etwas gehobener Größe und durchaus ausgeprägter internationaler Orientierung fördert Antworten zutage, die als verlässlicher Stimmungsindikator gelten. Die IHK Halle-Dessau (wie viele andere der insgesamt 79 Industrie- und Handelskammern in Deutschland auch) führt seit 34 Jahren ebenfalls regelmäßig Konjunkturumfragen durch; quartalsweise werden rund 3.000 Unternehmen (davon 1.500 als Panel, weitere 1.500 jeweils als random walk) aus fünf Branchen befragt: Industrie, Bau, Handel, Dienstleistung, Verkehr – jeweils unterteilt in mehrere Unterzweige. Methodisch nahezu identisch mit der ifo-Umfrage lässt

sich auch auf diese Weise unter den weit überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen ein recht verlässliches Stimmungsbild einfangen – frei nach dem Motto „Unternehmermund tut Wahrheit kund“ (Brockmeier/Ludwig 2017).

Das aktuelle Stimmungsbild ist nicht gut. Der Gesamtklima-Index, gebildet zur Hälfte aus aktuellem Lagebild einerseits und auf die nähere Zukunft gerichteten Erwartungswert andererseits, jeweils als Saldo aus positiven und negativen Rückmeldungen („Neutralmeldungen“ bleiben unberücksichtigt), ist negativ:

Grafik 1: Saisonbereinigtes Geschäftsklima im IHK-Bezirk Halle-Dessau

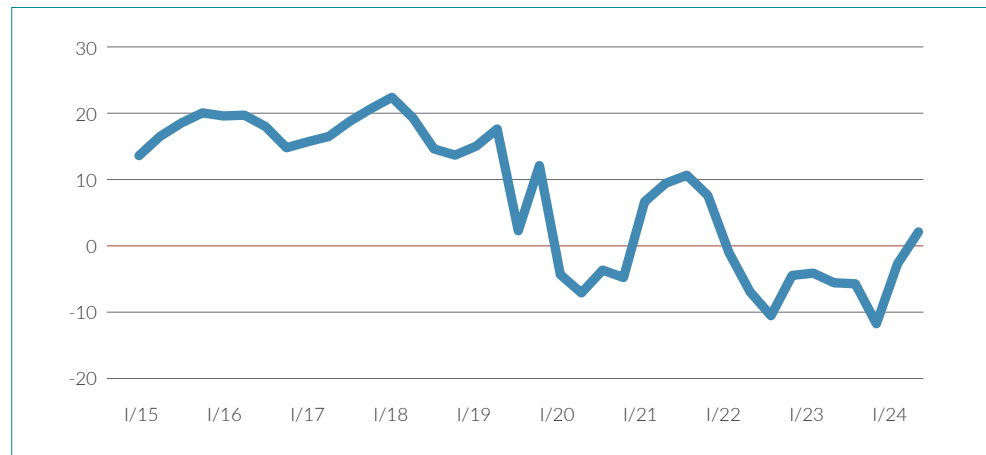


Ein so schlechtes Stimmungsbild mit einem Gesamtsaldo von unter null ergab sich bisher in der Regel nur als Reaktion auf exogene Schocks (Herbst/Winter 2008 sowie 2009: Finanzkrise; Frühjahr/Sommer 2020: Corona-Pandemie; Frühjahr 2022: Krieg in der Ukraine und Verschärfung der Energiekrise). Seit rund zweieinhalb Jahren jedoch ist der „Krisenmodus“ gleichsam zur Gewohnheit geworden; viele Probleme sind praktisch „eingepreist“, ein akut schockhaftes Ereignis musste jüngst nicht verarbeitet werden. Dennoch ist die Stimmung unter der Null-Linie. Kollege Patrick-Ludwig Hantzsch von der Creditreform sprach angesichts der jüngsten Umfragewerte einer repräsentativen Umfrage unter mehr als 1.000 kleinen und mittleren Unternehmen gar davon, dass der Mittelstand aktuell „nahezu depressive Züge“ zeige.

Ein weiterer Indikator: Die Investitionsabsichten befinden sich auf einem historischen Tiefststand! Das ist besonders misslich, stellen doch die

Investitionsabsichten einen besonders verlässlichen Stimmung Indikator dar, der neben der kurzfristigen Konjunktur- eben auch und insbesondere mittel- und langfristige Wachstumsrelevanz besitzt. Und für die immer wieder betonte „Transformation“ der Industrie hin zur defossilisierten und letztlich klimaneutralen Produktion bräuchte es vor allem eines: wirtschaftliches Wachstum. Und das ist nun mal ohne Investitionen nicht zu haben.

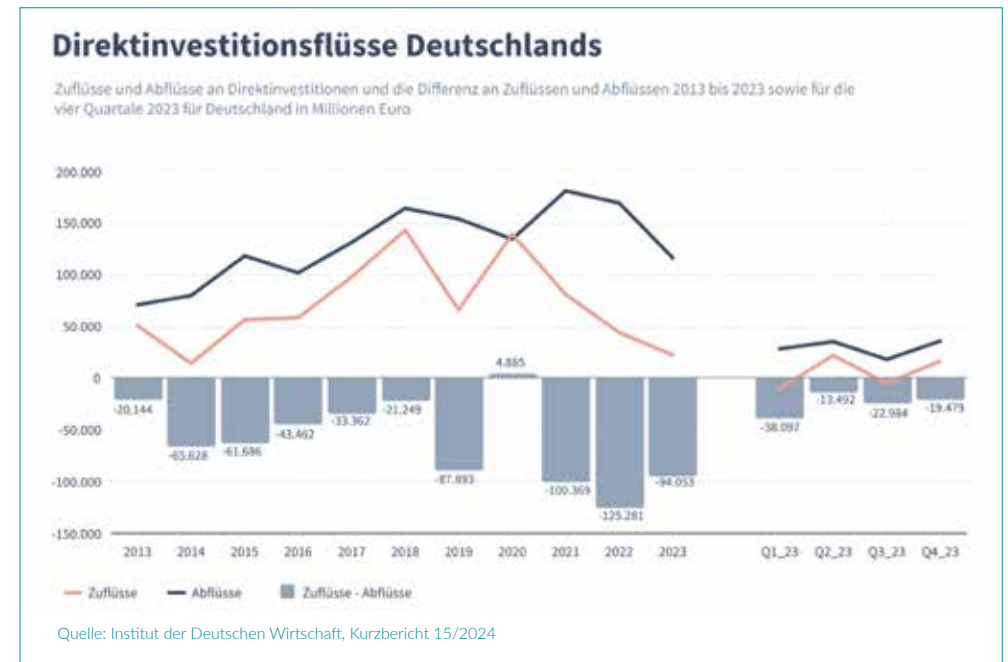
Grafik 2: Saisonbereinigte Investitionsabsichten im IHK-Bezirk Halle-Dessau



Befragt man die wenigen Unternehmen, die überhaupt noch Investitionsabsichten hegen, nach ihren Motiven, so dominieren zu weit mehr als drei Vierteln defensive Motive: Kostenreduktion und sonstige Rationalisierungen oder schlicht Deckung des Ersatzbedarfs (nota: auch Abschreibungen wollen und müssen erst einmal verdient werden ...). Offensive Motive wie Markterschließung, Innovation, Portfolioerweiterung etc. hingegen finden sich, wenn überhaupt, bestenfalls in homöopathischen Dosen. Hinzu kommt: Der Saldo der in- und ausländischen Direktinvestitionen ist seit mehreren Jahren ausgesprochen negativ. Das bedeutet nichts anderes als Kapitalflucht aus Deutschland (siehe Grafik 3).

Womit könnte das zusammenhängen? Befragt nach den Risiken, die die Unternehmen aktuell für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung sehen, rangiert die Antwort „wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ mit mehr als 60 Prozent praktisch gleichauf mit den hohen Energie- und Rohstoffpreisen. Das ist an sich schon bemerkenswert genug – und bisher nie da gewesen. Berücksichtigt man zusätzlich noch, dass die vorleistungsgüterdominierte Industrie (Grundstoffchemie, Pharmazie, Papierindustrie etc.)

Grafik 3: Direktinvestitionszuflüsse Deutschlands

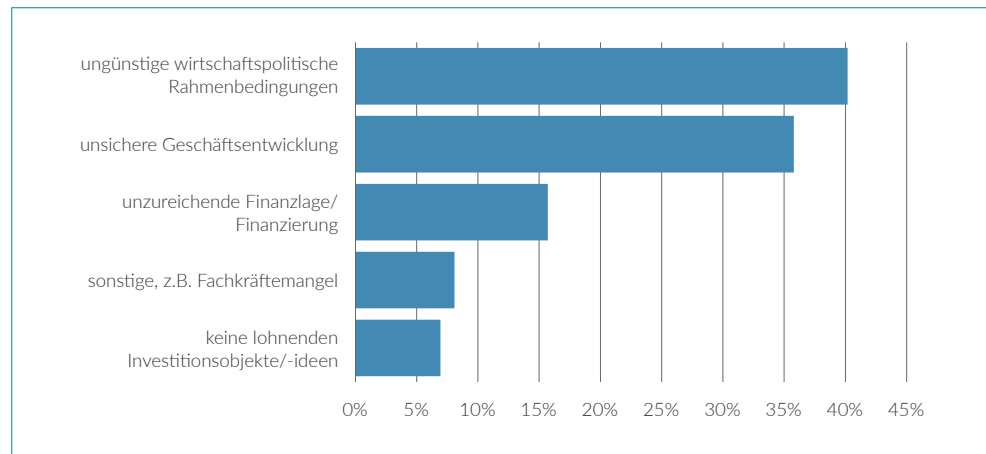


im IHK-Bezirk Halle-Dessau zu den energieintensivsten Wirtschaftsregionen Europas zählt (die Energieintensität der hiesigen Industrie ist zweieinhalb mal so hoch wie im bundesdeutschen Durchschnitt), eine bezahlbare und jederzeit verlässliche Energieversorgung mithin *die* Achillesferse der mitteldeutschen Industrie darstellen, dann ist diese Risikobeimessung für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nahezu unfassbar hoch. Getoppt wird das Ganze noch durch die Antworten der Unternehmen auf die explizite Frage nach konkreten Investitionshemmnissen: Da haben die ungünstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sogar den Spitzenplatz erklommen (siehe Grafik 4, Seite 94). Auch das gab es noch nie.

Leider muss es man es auf den Punkt bringen: Schlechtes Regierungshandeln vor allem in Berlin drückt auf die Stimmung – und konkret auch auf die (Investitions-)Budgets. Die vielfältigen Gründe dafür können hier nicht in extenso ausgeführt werden, deshalb mögen einige Schlaglichter genügen:

Der durchaus sehr aktive *Bundeswirtschaftsminister* hat leider mit einem beachtlichen Teil seiner Aktivitäten eben gerade nicht das getan, was Walter Eucken (1952/1990) mit einem seiner „konstituierenden Prinzi-

Grafik 4: Investitionshemmnisse



pien einer Wettbewerbsordnung“ gefordert hat: eine verlässliche Politik, die Vertrauen schafft, indem sie dem Postulat der „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ genügt. Das Gegenteil war bzw. ist der Fall: Die diversen Strom- und Gaspreisbremsen waren so kompliziert ausgestaltet, dass viele Unternehmen zu einer Preiskalkulation nicht in der Lage waren; ohne Preiskalkulation keine BWA, und ohne BWA keine Grundlage für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Das Schreckgespenst einer sog. „Gasumlage“, das im IHK-Bezirk Halle-Dessau einigen Industrieunternehmen den Garaus gemacht hätte, wurde – zum Glück – wieder eingefangen; aber alleine die Androhung hat für massive Unsicherheit, ja Existenzängste gesorgt. Der Erstentwurf des „Heizungsgesetzes“ (Gebäudeenergiegesetz) gehört ebenfalls in diese Kategorie. Der Minister hat jüngst in bemerkenswerter Offenheit und Freimütigkeit eingeräumt, dass er damit wohl „zu weit gegangen“ sei; er habe die „Veränderungsbereitschaft“ weiter Teile der Bevölkerung überschätzt, der Testballon sei unsanft gelandet. Bürger und Unternehmer als Versuchskaninchen? Ein starkes Stück! Das Energieeffizienzgesetz oder auch die die jüngsten Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes arbeiten mitnichten mit Anreizen, sondern nahezu ausschließlich mit Geboten und Verboten. Zugespitzt formuliert muss man eigentlich konstatieren, dass diese (und manch andere) Gesetze nachgerade zentralverwaltungswirtschaftliche Züge tragen. Freiheit? Fehlanzeige ...

Ein weiterer Punkt, der (ebenfalls) grundlegende Aspekte einer marktwirtschaftlichen Ordnung berührt, trat zutage, als der Bundeswirtschaftsminister vor etwa einem Jahr wesentliche Elemente der „Wasserstoffstra-

tegie“ der Bundesregierung vorstellte. Dabei ging es neben einer Strategie für den Bau von „wasserstofffähigen“ Gaskraftwerken („H2-ready“) um ein sog. „Wasserstoffkernnetz“, durch dessen Leitungen der Wasserstoff (zu gewinnen durch Elektrolyseure in Deutschland sowie Import aus dem Ausland) an die Orte seiner Verwendung transportiert werden soll. Das Kernnetz soll eine Leitungslänge von knapp 10.000 Kilometern umfassen; für mehr als zwei Drittel davon sollen vorhandene Erdgasleitungen für Wasserstoff „umgewidmet“ werden, lediglich das verbleibende knappe Drittel des Kernnetzes müsste neu gebaut werden.

Der Auf- und Ausbau dieses Netzes soll nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministers „marktwirtschaftlich, also (sic!) privat“ finanziert werden. Dies offenbart insofern ein bemerkenswertes Verständnis von Marktwirtschaft, als der Staat sich hiermit seiner finanziellen Verantwortung für den Aufbau notwendiger Infrastruktur entzöge. Gerade die Energiewirtschaft jedoch (wie auch andere netzgebundene Industrien) gilt nicht zufällig als wettbewerbspolitischer Ausnahmehereich: Es handelt sich um ein sogenanntes „natürliches Monopol“, in dem man die Dinge aus guten Gründen eben nicht allein dem Markt überlässt. Vielmehr gilt es, die analytische „Trennung von Netz und Betrieb“ zu berücksichtigen und der damit verbundenen besonderen Verantwortung des Staates gerecht zu werden. Konkret bedeutet das eben nicht nur Regulierung als „Marktscharnier“, sobald die Marktreife erreicht ist, sondern auch und vor allem Verantwortung bei der Finanzierung der Netzinfrastruktur, *bevor* die Marktreife erreicht ist.

Oder nehmen wir die aktuelle Debatte über die Krise beim größten deutschen Autobauer. Der Bundeswirtschaftsminister lädt zum „Autogipfel“ und gibt im Anschluss bekannt, dass er einzelfallbezogene Subventionen zwar ablehne. Allerdings wolle und müsse er (sic!) „dem Markt ein klares Signal geben, wohin er sich entwickeln soll.“ Aha – der Bundeswirtschaftsminister weiß offenbar, wohin der Markt sich entwickeln soll. Das ist nicht nur eine „Anmaßung von Wissen“, wie es der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek (1975) einst genannt hat, sondern grenzt geradezu an Hybris. Denn es gibt natürlich nur einen einzigen Akteur, der dem Markt signalisiert, wohin er sich entwickeln soll: der Verbraucher, der durch seine Nachfrage konkrete Zahlungsbereitschaft signalisiert. Ludwig von Mises (1958/2012) hat diesen fundamentalen Zusammenhang einst mit dem wunderbaren Bild vom (vermeintlichen) „Automobilkönig“ illustriert, der sich eben von einem wirklichen Monarchen dadurch unterscheidet, dass er sich jeden Tag dem kritischen Urteil seiner Kunden stellen müsse, die eben gerade nicht seine Untertanen, sondern im Gegenteil seine

Herren seien, denen er selbst zu dienen habe. Leider steht zu vermuten, dass ein solches Verständnis von Marktwirtschaft, wie es ausgerechnet der zuständige Bundesminister durch manche Äußerungen offenbart, das Vertrauen weiter Teile der Unternehmerschaft in die Politik nicht unbedingt stärkt.

Wechseln wir das Ressort: Aus dem Hause des *Bundesarbeitsministers* etwa stammen Regeln und Vorschläge, die leider nicht geeignet sind, die Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu erhöhen. Die Regelsätze insbesondere für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lassen es insbesondere für Vollzeitbeschäftigte in Mindestlohnnahe schlechterdings unattraktiv erscheinen, überhaupt eine Arbeit aufzunehmen. Das ist beileibe kein Vorwurf an jene Menschen, die so kalkulieren und entsprechend handeln – sie handeln subjektiv vollkommen rational. Es ist eine Kritik an den gesetzten Anreizen, die eben nicht dem Gemeinwohl dienen. Die Kosten für eine angemessene Unterkunft werden übernommen, die Regelsätze wurden jüngst spürbar erhöht, Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung werden übernommen, allerlei Sondervergünstigen beim ÖPNV und in anderen Bereichen wie Schule usw. gewährt. Wer da den Nettowert ausrechnet, braucht mitunter Blutdrucksenker, wenn ihm klar wird, welches Bruttogehalt er da erzielen müsste, um durch eigenes Arbeitseinkommen diesen Nettowert zu erhalten. Menschen können rechnen. Dass mit David Card ausgerechnet jener Ökonom das Konzept und die Ausgestaltung des Bürgergeldes unter Anreizgesichtspunkten scharf kritisiert, der nicht selten gerade von Befürwortern etwa eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns als „wissenschaftlicher Kronzeuge“ zumindest für die volkswirtschaftliche Unschädlichkeit sowie teilweise gar Nützlichkeit und Sinnhaftigkeit von Mindestlöhnen aufgerufen bzw. zitiert wird, stellt eine polit-ökonomische Volte besonderer Art dar (nota: David Card wurde im Jahr 2021, gemeinsam mit Joshua Angrist und Guido Imbens, für seine Mindestlohn-Studien mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.)

Presseberichten zufolge ließ der *Bundesverkehrsminister* jüngst mehrere Anfragen (u.a. von Mitgliedern des Bundestages) zum Zustand der Straßen- und Brückeninfrastruktur unbeantwortet. Der *Bundesfinanzminister* musste sich vom Bundesverfassungsgericht die Leviten lesen lassen, weil ein von ihm zu verantwortender Bundeshaushalt nicht verfassungskonform aufgestellt war. Die Bundesbauministerin wiederholt Jahr um Jahr mantrahaft das Ziel, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Gerissen wird das Ziel Jahr um Jahr – ohne Folgen. Die Reihe ließe sich fortsetzen.

Sanktionslose Fehl- oder Minderleistungen pflegen in der Lebens- und Arbeitswelt von Unternehmern nicht vorzukommen. Unternehmerinnen und Unternehmer müssen ebenfalls Pläne aufstellen, kalkulieren und dann bei Strafe ihres wirtschaftlichen Untergangs jeden Tag draußen auf den Märkten einen „Hypothesentest“ bestehen, wie Wolfgang Kerber (1997) das einmal genannt hat. Und dieser Test heißt Wettbewerb. Wer diesen Test nicht besteht, scheidet aus. So einfach ist das. Deshalb hält sich gerade das Verständnis vieler Unternehmer für politische Fehlleistungen, zumal ohne Sanktion, in engen Grenzen. Da würde man sich seitens mancher politischer Entscheidungsträger manchmal einfach nur ein wenig mehr Ehrlichkeit sowie hier und da einen Hauch Demut wünschen. Das könnte zumindest in atmosphärischer Hinsicht vermutlich ein wenig zur Entspannung beitragen.

Regierungshandeln als Leistungsverweigerung oder gar Pflichtverletzung?

In § 1 (1) des IHK-Gesetzes heißt es u.a.: „Im Rahmen ihrer Aufgaben haben die Industrie- und Handelskammern insbesondere

- durch Vorschläge, Gutachten und Berichte die Behörden zu unterstützen und zu beraten,
- das Recht, zu den im Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden liegenden wirtschaftspolitischen Angelegenheiten ihres Bezirks in behördlichen (...) Verfahren sowie gegenüber der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen.“

Mit anderen Worten: Die Industrie- und Handelskammern haben – in Ausübung ihrer Pflichten und in Wahrnehmung ihrer Rechte – die Kraft des Arguments. Immerhin, das ist nicht wenig. Allerdings stößt diese Kraft komplett ins Leere, wenn auf der anderen Seite des Tisches jemand sitzt, der an Argumenten schlechterdings nicht interessiert ist. Darüber darf man sich als IHK-Vertreter dann kurz ärgern und weiter geht's. Anders freilich liegen die Dinge, wenn dem durch entsprechendes Verhalten des Gegenüber unzweifelhaft dokumentierten Desinteresse an Argumenten nicht einfach nur etwas „Ärgerliches“ anhaftet, sondern wenn ihm womöglich gar eine veritable Pflichtverletzung zugrundeliegt. Denn zum einen muss das Prinzip der Ausgewogenheit zwischen Rechten hier und Pflichten dort stets gewahrt oder doch zumindest in Grundzügen erkennbar sein. Zum anderen können manche Pflichten zu bestimmtem Regierungshandeln sogar explizit festgeschrieben sein. Auch dies sei an konkreten Beispielen erläutert und illustriert.

Die IHK Halle-Dessau hatte sich vor geraumer Zeit mit einem Brief an Bundeskanzler Scholz gewandt und darin ihre Sorge um die Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung weiter Teile insbesondere ihrer Industriemitgliedschaft zum Ausdruck gebracht. Dieser Brief ist unbeantwortet geblieben, es gab nicht einmal eine Eingangsbestätigung. In jüngerer Vergangenheit hatten sich die Präsidenten der ostdeutschen Industrie- und Handelskammern, die insgesamt immerhin gut 750.000 Mitgliedsunternehmen vertreten, gemeinsam ebenfalls an den Bundeskanzler gewandt und nicht nur Sorgen bezüglich der Energiepolitik, sondern diverse Aspekte – auch Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik – adressiert. Dies geschah in Form eines offenen Briefes. Auch dieser Brief blieb ohne jede Reaktion (jedenfalls ohne jede Reaktion des Kanzlers). Abgesehen davon, dass dies zumindest eine bemerkenswerte Form der (Nicht-)Kommunikation darstellt – um den mit Pathos aufgeladenen Begriff der „politischen Kultur“ nicht zu bemühen –, drängt sich die Frage auf, wie die Kammern ihren gesetzlichen Aufgaben und Pflichten der Beratung nachkommen sollen, wenn der zu Beratende die Kommunikation verweigert.

Ein weiterer Punkt: In Art. 11 Abs. 1 und 2 des EU-Vertrages (wohl kaum ein gering zu schätzendes Gesetzeswerk) heißt es: „Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. Die Organe pflegen einen offenen, transparenten Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“ Diese beiden Absätze in Art. 1 EUV definieren den Inhalt dessen, was sich als „republikanische Pflicht“ der Regierung verstehen lässt. Im angelsächsischen Sprachraum würde man vermutlich von einem Kernelement von „good governance“ sprechen. In Rede steht nicht weniger als der wohldefinierte Anspruch auf Gehör. Wer sich als Regierender der Kommunikation verweigert, begeht also nicht weniger als eine Pflichtverletzung. Punkt. Wieder einmal ohne Sanktion? Erwischte Parksünder murren ...

Fazit: Freiheit und Verantwortung gehören zusammen – Unternehmer leben genau das!

Keine Regel ohne Sanktion, keine Fehlleistung ohne Diskussion. Rechte und Pflichten – Freiheit und Verantwortung. Hermann Schulze-Delitzsch, mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen einer der beiden maßgeblichen Gründerväter des Genossenschaftswesens in Deutschland, hat diesen Zusammenhang einmal in wunderbarer Klarheit auf den Punkt gebracht: „Wer die Verantwortung von sich weist, weist auch die Freiheit von sich.“

Unternehmer wissen und leben das. Insbesondere Eigentümerunternehmer erfüllen ein Postulat von Walter Eucken, der in einem weiteren konstituierenden Prinzip der von ihm entworfenen „Wettbewerbsordnung“ – jenem der Haftung – ebenfalls kurz und prägnant formulierte: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen.“ Weil Unternehmer dies bei Strafe ihres eigenen wirtschaftlichen Untergangs jeden Tag am eigenen Leibe spüren, sind sie hochsensibel für jene Bereiche, in denen dieses Prinzip entweder per se nicht gilt oder faktisch außer Kraft gesetzt wird.

Was es jetzt dringend braucht, ist eine Politik, die glaubwürdig vermittelt, dass sie der kreativen und innovativen Kraft schöpferischen Unternehmertums vertraut, dieser Kraft die nötige Freiheit zur Entfaltung einräumt und ihr nicht mit latentem Misstrauen begegnen und einem immer dichter werdenden Regelungs-Kleinklein von Ge- und Verboten das Leben schwer macht. Eine solche Politik wäre im Sinne des Gemeinwohls – „Wohlstand für alle!“

Literatur

- Böhm, Franz (1937): Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart/Berlin.
- Böhm, Franz (1950): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen.
- Brockmeier, Thomas und Udo Ludwig (Hrsg., 2017): Konjunktur. Relevanz von Unternehmensumfragen für Diagnose und Analyse, Halle (Saale).
- Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf.
- Eucken, Walter (1938): Die Überwindung des Historismus, in: Schmollers Jahrbuch (Halbband I.), S.191–214.
- Eucken, Walter (1952/1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik 6. Auflage, Tübingen.
- Hayek, Friedrich August von (1969): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, derselbe (Hrsg.): Freiburger Studien (Gesammelte Aufsätze), Tübingen, S.206–231.
- Hayek, Friedrich August von (1975): Die Anmaßung von Wissen, in: ORDO, Band 26, S.12–21.
- Hayek, Friedrich August von (1971): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.
- Hoppmann, Erich (1967): Wettbewerb als Norm der Wettbewerbspolitik, in: ORDO, Band 18, S. 77–94.
- Kerber, Wolfgang (1997): Wettbewerb als Hypothesentest: Eine evolutionäre Konzeption wissenschaftlichen Wettbewerbs, in: Delhaes, Karl von und Ulrich Fehl (Hrsg.): Dimensionen des Wettbewerbs. Seine Rolle

frei entfalten, denn sie wird nicht durch Einheitsvorschriften und die späteren Entscheidungen des Staats bestraft. Diversität und freie individuelle Entscheidungen sind also komplementär zueinander.

Schlussfolgerungen

Ist der freiheitliche Staat der Endpunkt gesellschaftlicher Entwicklung? Die angestellten Überlegungen sprechen eher dafür, dass staatliche Gemeinschaften mit sehr unterschiedlichen Anschauungen zu Freiheit und Paternalismus sehr stabil nebeneinander existieren können. Freiheitliche Gemeinwesen setzen Anreize für ihre Bürgerinnen und Bürger, so zu werden, dass sie diese Freiheit erstrebenswert finden. Das kann freiheitliche Gesellschaften stabilisieren. Und paternalistische Gemeinwesen setzen Anreize für ihre Bürgerinnen und Bürger, so zu werden, dass sie sich in einem fürsorglichen Staat besonders wohl fühlen. Das kann paternalistische Gesellschaften stabilisieren.

Wenn das so ist, dann führt das zu bestimmten Vorhersagen, die sich empirisch untersuchen lassen: Bringen homogenere Gesellschaften von schlecht ausgebildeten Bürgern im politischen Prozess eher stabile paternalistische Gemeinwesen hervor? Und finden sich Gesellschaften mit großer Diversität und mit gut ausgebildeten Bürgern eher in freiheitlichen Gemeinwesen wieder? Diese und andere Fragen zeigen: Es eröffnet sich hier ein großes und gesellschaftspolitisch relevantes Forschungsfeld.

Literaturquellen

- Benz, Matthias, and Bruno S. Frey, 2008, The value of doing what you like: Evidence from the self-employed in 23 countries, *Journal of Economic Behavior & Organization*, 68(3-4), 445–455.
- Benz, Matthias, Bruno S. Frey, and Alois Stutzer, 2004, Introducing procedural utility: Not only what, but also how matters, *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 160(3), 377–401.
- Konrad, Kai A., 2024, The political economy of paternalism, *Public Choice*. <https://doi.org/10.1007/s11127-024-01168-y>.
- Konrad, Kai A. und Simon, Sven A., 2021, Paternalism Attitudes and the Happiness Value of Fundamental Freedoms, Working Paper of the Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance No. 2021-04, <https://ssrn.com/abstract=3816728> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3816728>.
- Sainz Villalba, Carmen, und Kai A. Konrad, 2024, Preferences for government regulation of pensions: What I want for myself and what I want for others, *Journal of Behavioral and Experimental Finance*, 44, 100970.

Otfried Höffe

WAS DEMOKRATIEN IN KRISEN ZUSAMMENHÄLT

Von Sozialwissenschaftlern erwartet man Theorien, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit gerecht werden. Diese Erwartung wird mittlerweile vielerorts enttäuscht. Niemand leugnet die enormen Schwierigkeiten, die wegen der sich häufenden Krisen zu bewältigen sind: etwa wegen der Finanz-, später der Covid-Krise, wegen der schon lange bestehenden Flüchtlings- sowie der Umwelt- und Klimakrise. Trotzdem drohen unsere Gesellschaften nicht auseinanderzubrechen. Vielmehr gelingt ihnen, was man – hier ist Pathos erlaubt – als ein Wunder bezeichnen darf: Sie halten zusammen, ohne dabei ihren Grundcharakter als rechtsstaatliche Demokratie aufzugeben.

Viele Soziologen und Politikwissenschaftler fragen allerdings lieber, was die Gesellschaften überfordert und auseinandertreibt – und arbeiten solcherart die in Krisen sich breitmachenden Fliehkräfte heraus. Daran müsste sich jedoch ein zweiter Argumentationsschritt anschließen, der untersucht, wie die Gesellschaften die immer wieder auftauchenden Fliehkräfte zu bändigen verstehen. Denn statt sich aufzulösen, entkommen sie der

Gefahr des Auseinanderbrechens. Somit ist in der gesellschaftlichen Wirklichkeit das Potenzial sozialer Bindekraft stärker als dasjenige der Gegenkräfte. Woraus aber schöpfen unsere rechtsstaatlichen Demokratien ihr fraglos erhebliches Kohäsionspotenzial?

Dank den einschlägigen Modernisierungsprozessen, hier vor allem der Säkularisierung, zeichnen sich die westlichen Gesellschaften heute durch eine Vielfalt von politischen, religiösen, aber auch areligiösen und antireligiösen Anschauungen und eine nicht geringere Vielfalt von gesellschaftlichen Kräften und persönlichen Lebensstilen aus. Sofern die entsprechenden Anschauungen und Lebensformen anderer nicht beeinträchtigt werden, gelten sie dank den verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsrechten allesamt und unterschiedslos als gleichberechtigt. Offensichtlich enthält ein derart qualifizierter Pluralismus ein großes Potenzial an Bindekraft: Dort, wo allen Menschen erlaubt ist, ihr

Leben nach den eigenen Zielen und Interessen zu führen und dies auch von der Rechtsordnung gewährt und gewährleistet wird, tauchen nämlich viele aus vorpluralistischen Gesellschaften bekannte Konflikte gar nicht erst auf.

WO ALLEN MENSCHEN ERLAUBT IST, IHR LEBEN NACH DEN EIGENEN ZIELEN UND INTERESSEN ZU FÜHREN, TAUCHEN VIELE KONFLIKTE GAR NICHT ERST AUF.

Wegen eines weiteren Modernisierungsschrittes, der mit der Säkularisierung einhergeht, kann sich politische Herrschaft nicht mehr «von Gottes Gnaden», sondern nur noch von den Betroffenen her rechtfertigen. Weil alle öffentliche Gewalt vom Volk ausgeht und für das Volk und durch das Volk auszuüben ist, wird selbst in repräsentativen, nur durch wenige plebiszitäre Elemente angereicherten Demokratien der gesellschaftliche Zusammenhalt sichtbar praktiziert. Das entsprechende Kohäsionspotenzial wird durch zwei für demokratische Entscheidungsprozesse unentbehrliche Faktoren verstärkt: durch intensive öffentliche Debatten über die jeweils anstehenden Probleme und durch eine demokratische Grundtugend, nämlich die Bereitschaft und Fähigkeit, trotz der unvermeidlichen Konkurrenz von Interessen und Überzeugungen zu tragfähigen Kompromissen zu gelangen.

Gesetze statt Willkür

Für moderne Gemeinwesen kaum weniger wichtig als die Demokratie ist ein dritter Modernisierungsschritt, die Einführung des Rechtsstaates. Legitimationstheoretisch gesehen herrschen in ihm nicht Personen mit der Gefahr der Willkür, sondern Gesetze. Weil sie als Regeln dafür sorgen, dass alle Personen, sie mögen reich oder arm, mächtiger oder weniger mächtig sein, im Prinzip gleich behandelt werden, stärken sie die Bereitschaft zum gewaltfreien Zusammenleben.

In einem vierten, allerdings nicht allerorten gleich anerkannten Modernisierungsschritt hat sich die Marktwirtschaft als die der staatlich-bürokratischen, «sozialistischen» Ordnung überlegene Wirtschaftsform erwiesen: Denn nicht nur bringt der Markt die Nachfrage nach Gütern und Leistungen mit dem entsprechenden Angebot in Einklang. Er stimuliert auch die Entwicklung sowohl der Talente als auch der Leistungsbereitschaft. Auf diese Weise schafft er den sowohl von den einzelnen Bürgern als auch vom Gemeinwesen gewünschten Wohlstand. Mit seinem doch erheblichen Steueraufkommen finanziert er nämlich die öffentlichen Aufgaben, die von der materiellen Infrastruktur über das Rechts-, das Bildungs- und das Gesundheitswesen bis zu kulturellen Einrichtungen reichen. Überdies ermöglicht er einen in der Summe gewiss nicht kleinlichen Sozialstaat. Und nicht zuletzt fördert die – jetzt soziale, mehr und mehr auch ökologische – Marktwirtschaft mitlaufend die für alle Menschen so elementaren Bedürfnisse nach Anerkennung und Selbstachtung.

Bei einem weiteren Modernisierungsphänomen, dem öffentlichen Bildungswesen, liegt das Potenzial für den gesellschaftlichen Zusammenhalt schon in der Natur der Sache, nämlich der Öffentlichkeit. Nirgendwo sonst

hat nicht eine vage Gesellschaft, sondern eine klar benennbare Instanz, die demokratische Politik, einen so großen Einfluss auf die Fähigkeit und Bereitschaft (hier: der Heranwachsenden), miteinander zu leben. Ohne die Unterschiede in den Begabungen und im Lernwillen zu verdrängen, werden sie stark relativiert.

Der Pluralismus der Gesellschaft spiegelt sich «natürlich» in der Schülerschaft wider. Auch wenn das entsprechend «multikulturelle» Zusammen-

lernen kaum spannungsfrei stattfindet, können die Schüler doch, wenn auch nicht immer «aus vollem Herzen», die hier einschlägige Grundtugend einüben: das einander respektierende Zusammenleben, die Toleranz. Tolerant ist freilich nur, wer gegen andere Ansichten und Lebensformen nicht gleichgültig ist. Er muss sie vielmehr als Zumutungen erfahren und sie trotzdem (im Gegensatz zur Intoleranz) aushalten. In ihrer Elementarstufe erträgt die Toleranz Andersartigkeit nur widerwillig. Guten Lehrern kann es aber gelingen, ihre Schüler zur freien Anerkennung zu motivieren. Und bei begnadeten Lehrern steigert sich die Toleranz zu einer intellektuellen, emotionalen und sozialen Neugier auf das sogar provokativ andere.

Freilich ist die Toleranz nicht so naiv, auch gegen Intoleranz tolerant zu sein. Allen Versuchen, andersartige Überzeugungen und Lebensweisen auch nur verbal oder gar mit Gewalt zu bekämpfen, tritt sie kompromisslos entgegen. In gesellschaftskritischen Debatten wird immer wieder behauptet, der moderne Mensch sei ein bindingsloses Subjekt, das nur seine eigenen In-

teressen und diese überdies recht rücksichtslos verfolge. Träfe diese Behauptung die Wirklichkeit, so wäre es um das Zusammenleben schlecht bestellt. Denn es stürzte unsere Gesellschaften in eine mindestens latente Dauerkrise.

Ehrenamtliches Engagement

Schon der Umstand, dass entsprechende Kulturkritik nicht erst seit einigen Jahrzehnten, sondern mittlerweile seit Jahrtausenden – etwa seit Ägypten, auch Babylon – bekannt ist, sollte uns skeptisch stimmen. Und eine

TOLERANT IST NUR, WER GEGEN ANDERE ANSICHTEN UND LEBENSFORMEN NICHT GLEICHGÜLTIG IST. ER MUSS SIE ALS ZUMUTUNGEN ERFAHREN UND SIE TROTZDEM AUSHALTEN.

realitätsoffene Sozialwissenschaft nähme die zahllosen Sport-, Musik- und Sozialvereine zur Kenntnis, in denen in unseren Breiten sich annähernd 40 Prozent der Bevölkerung engagieren.

Schließlich darf man nicht unterschlagen, wie viele Bürger ehrenamtlich, ohne jede Vergütung, tätig sind. Ferner widerspricht der angeblichen Bindungslosigkeit die etwa in Kammern organisierte, ebenfalls vielfach rein ehrenamtliche Selbstverwaltung der verschiedensten Berufsgruppen: von Handwerkern, Gewerbetreibenden und Unternehmern über Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen bis hin zu Schriftstellern, Musikern und bildenden Künstlern. Zusätzlich zu dem darin enthaltenen Kohäsionspotenzial sollte man die demokratischen Elemente nicht übersehen: Die Vereine, Kammern und anderen gemeinnützigen Organisationen sind Orte, an denen vielfältige Demokratie praktiziert wird. Daher ist es nicht übertrieben zu sagen, sie seien für den – demokratisch verfassten – sozialen Zusammenhalt unentbehrlich.

Die Bilanz, die sich nach diesem Überblick aufdrängt, widerspricht der verbreiteten Diagnose, angesichts der Polykrise drohe die Gesellschaft auseinanderzufallen. Wahr ist, dass von den immer wieder neuen Krisen enorme Fliehkräfte ausgehen, so dass sich keine Gesellschaft sicher sein kann, gegen die Gefahr eines Auseinanderbrechens gefeit zu bleiben. Aufgrund der skizzierten Faktoren tun sie das aber, namentlich dank der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundstruktur unserer Gesellschaften sowie der sozial und ökologisch qualifizierten Marktwirtschaft. Hinzu kommen Bürgertugenden wie Toleranz und Kompromissbereitschaft und der in der Bürgergesellschaft, im Vereinsleben und im Ehrenamt vielfältig praktizierte gesellschaftliche, politische und kulturelle Gemeinsinn. Infolgedessen verfügen moderne Gesellschaften über ein bemerkenswert grosses Potenzial, die stets neuen Herausforderungen zwar nicht immer optimal, am Ende aber doch hinreichend gut zu bewältigen.

*«Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander, doch
müssen sie in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.»*

Otfried Höffe, „Demokratie im Zeitalter der Globalisierung“

Ishan Pratap Singh

ZUSAMMENARBEIT17

Von Ich Gegen Dich zum Du und ich
versus Das Problem

«Während der Zeit, in der die Menschen ohne eine gemeinsame Macht leben, die sie alle in Ehrfurcht hält, befinden sie sich in dem Zustand, den man Krieg nennt, und zwar einen Krieg eines jeden gegen jeden.»

Thomas Hobbes, Leviathan

Der Freiheitsindex ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie sehr sich die Menschen davor fürchten, ihre Meinung zu äußern. Die große Vielfalt der geäußerten Meinungen und der Inhalte – sowohl der echten als auch der gefälschten – bringt die Aufgabe der Medien, die Wahrheit zu vermitteln, gehörig durcheinander. Die Wahrheit hat zunehmend einen Preis, der für viele zu hoch ist, um ihn zu tragen. Noch wichtiger ist, dass der Tod der freien Erforschung der Wahrheit den Tod des Konsenses bedeutet. Aber was können wir tun, um Konsens, Zusammenarbeit und Wahrheit zu schützen?

1) UNSERE STÄRKE

Die Zusammenarbeit ist die größte Stärke des Menschen. Um in einer dezentralisierten Weltordnung zusammenzuarbeiten, brauchen die Menschen einen Konsens. Globale Normen wie die Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sind grenzenlose Ziele, die eine Einigung mehrerer Interessengruppen über den weiteren Weg erfordern.

2) VERWENDEN WIR SIE HEUTE?

Der glorreiche Zug der Zusammenarbeit ist jedoch ins Stocken geraten. In einer Welt zwischen den Ordnungen, die nicht unipolar und noch nicht multipolar ist, nehmen die Konflikte zu. Interessanterweise ist diese Dynamik der Macht auch die Dynamik der Wahrheit – in jeder strittigen Frage ist das Verhältnis der Schuld in der Regel weder 100:0 noch eine falsche Äquivalenz von 50:50, sondern es liegt in der Regel immer irgendwo dazwischen. Der traditionelle Weg, dieses Verhältnis zu verstehen, waren Debatten. Jetzt funktionieren die Debatten nicht mehr.

Erstens: Ob auf internationaler Ebene in Bezug auf Israel und Palästina oder bei innenpolitischen Themen wie Roe v. Wade in den USA – Debatten verstärken die eigenen Überzeugungen, anstatt sie zu hinterfragen. Eine Debatte ist heute eher eine Darbietung als eine Übung zur Wahrheitsfindung, zum Festhalten an Fakten und zur Vertrauensbildung. Sie wird vielmehr zum Gegenteil, da die Kultur mit dem technologischen Zugang, den Fehlinformationen und den Anreizen der Wirtschaft nicht Schritt halten kann.

Das zweite Problem ist, dass die Menschen in den beiden genannten Beispielen und in vielen anderen dieser Tage die Legitimität des Standpunkts der anderen Seite nicht anerkennen. Es gibt mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen als Unterschiede.

Einem Argument liegen mehrere Prämissen zugrunde, und in der Regel stimmen die Menschen in den meisten Punkten überein. Um es noch weiter zu treiben: Die Menschen nehmen an, dass die andere Seite, in der Regel eine große Mehrheit ihrer Landsleute/sozialen Identitätsgruppe, verrückt oder seltsam ist. Das ist in der Regel nicht der Fall. Dies führt dazu, dass man sich weigert, dem anderen zuzuhören, ihm gegenüber apathisch ist oder Annahmen über seine andere Weltanschauung aufstellt.

Das dritte Problem besteht darin, dass das Thema in der Regel nicht genau an dem Punkt behandelt wird, an dem man sich nicht einig ist. In dem erwähnten Beispiel ist A für Abtreibung und B für das Leben, aber niemand bezeichnet sich selbst als Anti-Abtreibungsbefürworter oder Lebensgegner.

Die Diskussion wird von den Grundsätzen der Wahlfreiheit und des Lebens und ihrer idealen Ausdehnung abgelenkt und konzentriert sich stattdessen auf das Gewinnen. Gewinnen ist für den Krieg, nicht für den Konsens.

Viertes Problem: Das Thema ist in der Regel vielschichtig, wird aber immer binär betrachtet. Dadurch ist es der gemäßigten Mehrheit nicht möglich, eine nuancierte Untersuchung zu „Depends“ zu erstellen, sondern sie wird von lauterer Minderheiten auf der rechten und linken Seite übernommen, die „Aye“/„Nay“ unterstützen, oder umgekehrt. Das macht das Argument nicht linear, sondern zu einem Netz.

Das fünfte Problem besteht darin, dass der Schwerpunkt eher auf den Absichten als auf den Vorzügen der Angelegenheit liegt. In Indien unterstützte eine große politische Gruppe die Gesetze CAA (Citizenship Amendment Act) und NRC (National Register of Citizens). Eine andere große Gruppe lehnte das CAA und das NRC vollständig ab. Es gab jedoch auch Befürworter des CAA und Gegner des NRC.

Das Versäumnis, wirklich „herauszufinden“, was richtig oder falsch ist, oder, wie es in den Sozialwissenschaften oft geschieht, was besser oder schlechter ist, geht mit dem Versäumnis einher, sich mit den Prämissen der eigenen und der Argumente der anderen auseinanderzusetzen. Dieses Be-

DIE MENSCHEN
NEHMEN AN,
DASS DIE ANDERE
SEITE VERRÜCKT
ODER SELTSAM
IST. DAS IST IN
DER REGEL NICHT
DER FALL.

dürfnis, sich zu engagieren, wird durch eine automatische Annahme und Apathie gegenüber der anderen Seite ersetzt.

Dies ist ein ernstes Problem für die größte Stärke der Menschheit – die Zusammenarbeit.

3) MEHR IST IN SICHT

Auch wenn uns die Geschichte für die meisten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme in der Welt den Aufstieg, den Fall, die Kausalität und die Lösung lehren kann. Jetzt haben wir

jedoch Entwicklungen wie den Klimawandel, die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Technologie der Vierten Industriellen Revolution, die Informationen schneller verarbeitet als das menschliche Gehirn. Alle drei, neben anderen, haben eines gemeinsam – sie wurden in der Geschichte der Menschheit noch nie erreicht.

Die Themen von gestern spalten noch immer Familien, Freunde, Organisationen, Prominente und führende Persönlichkeiten bei Veranstaltungen, Festen wie Diwali, Eid und Thanksgiving, in den Nachrichtenredaktionen, den Sitzungssälen und den Gerichtssälen, aber die Ereignisse von morgen fangen gerade erst an.

Die Schaffung von Regeln und Normen für die spezifischen Fragen, die sich in einer dezentralisierten Welt zwischen den Ordnungen stellen werden, erfordert einen Konsens im Rahmen eines neuen dialektischen Prozesses mit den Mitteln des 21.

4) DIE NEUE DIALEKTIK DES KONSENSES

Gestützt auf Aumanns Agreement Theorem in seinem Aufsatz „Agreeing to Disagree“ können wir schlussfolgern, dass rationale Menschen, die bereit sind, ihre Vorannahmen zu aktualisieren, und die über eine gemeinsame Wissensbasis verfügen, die sie mit zunehmender Interaktion zu aktualisieren bereit sind, sich einfach nicht darauf einigen können, sich uneinig zu sein. Mit Unterstützung weiterer wissenschaftlicher Arbeiten wissen wir, dass eine einigermaßen lange Interaktion mehrere Seiten näher an einen Konsens bringen kann.

Der Neue Dialektische Prozess beinhaltet, dass mehrere Seiten versuchen, ein Problem der 17 SDGs zu lösen, und zwar in dem Wissen, dass man seine Ansichten ändern kann, wenn man die Argumente der anderen

DIE THEMEN
VON GESTERN
SPALTEN NOCH
IMMER. ABER
DIE EREIGNISSE
VON MORGEN
FANGEN GERADE
ERST AN.

Seite und die dahinter stehenden Prämissen sowie die Prämissen hinter diesen Prämissen und so weiter entdeckt.

Bei den 17 SDGs haben wir uns vielleicht darauf geeinigt, WAS geschehen soll, aber der Konsensprozess hört hier nie auf. Er ist in der Regel länger und wird durch diese Übung veranschaulicht:

Wählen Sie ein Thema, das Ihnen wichtig ist.

1. WAS ist in dieser Angelegenheit zu tun?

z.B. festgefahrene Themen: Israel-Palästina (UN-Abstimmung), Klimawandel (USA – innenpolitisch)

2. WARUM sollten wir das tun? Was ist wichtig?

z.B. Knackpunkte: Soziale Gerechtigkeit oder Gerechtigkeit für unsere Kinder? Effizienz/Privatsphäre?

3. WIE ist dies zu tun?

z.B. festgefahrene Themen: nukleare Abrüstung, öffentliches Schulsystem, Einwanderung (UK – innenpolitisch)

4. WANN sollte dies geschehen?

Beispiel: Sollen wir zuerst in Krankenhaus A oder in Schule B investieren?

5. WER wird dies tun?

z.B. festgefahrene Probleme: Regierung, Privatsektor oder Zivilgesellschaft?

Beantworten Sie für jedes Anliegen, an das Sie glauben, alle fünf Fragen. Wenn Sie zur Antwort auf die letzte Frage kommen, werden Sie feststellen, dass Ihre Lösung einzigartig ist, aber Sie brauchen gegenseitig kompatible Lösungen für einen Konsens. Suchen Sie sich eine beliebige Debatte aus, bei der Sie sich niemals nicht einig waren oder mit der Ihr Land konfrontiert war – selbst wenn Sie sich bei 1 einig sind, könnten Sie bei 4 oder einer anderen Ebene stecken bleiben. Der Konsens in der Sozialwissenschaft ist also kein Ereignis, sondern ein Prozess. Daher erfordert er den neuen dialektischen Prozess.

Unser neuer dialektischer Prozess zielt darauf ab, die Bereiche der Konvergenz hervorzuheben und die Bereiche der Divergenz abzubauen. Wir

legen ein gemeinsames Ziel fest und vertiefen die Prämissen der Argumente jedes Einzelnen. Nach mehreren Phasen der wiederholten Untersuchung erreichen wir einen Punkt, an dem wir übereinstimmen, und wenn wir uns wieder dem Argument zuwenden, hat sich der Konsens verschoben. Hegels Thesis-Antithesis-Synthesis. Dies wollen wir mit Open Source LLMs erreichen.

5) MECHANIK: Warum LLMs? Nicht als Agent, sondern als Mapper

Warum sind wir uns also einig, nicht einer Meinung zu sein? Wir können es einfach nicht ändern. Die logistische Aufgabe der Abbildung von Argumenten großer Interessengruppen ist etwas, das die menschliche Gesellschaft durch eine Debatte und eine Abstimmung oder Entscheidung gelöst hat, die durch die Durchsetzung gestützt wird. Um die Menschen wirklich zu überzeugen, brauchen wir die Technologie der vierten industriellen Revolution, insbesondere die großen Sprachmodelle der künstlichen Intelligenz, die mit dem Bombardement an Informationen umgehen können, das jetzt für jedes Thema und die vielfältigen Ansichten und die Prämissen jeder Ansicht zur Verfügung steht.

1. Hauptverantwortung, vergleichbar mit dem „Sprecher des Hauses“ in den Parlamenten der Welt. Er ist nicht derjenige, der seine Meinung kundtut, sondern derjenige, der die unzähligen Meinungen der Teilnehmer zusammenführt. Erhöhung des Niveaus der Debatte.
2. Verwandeln Sie die Voruntersuchung von einem stundenlangen in einen sekundenschnellen Prozess.
3. Machen Sie den Lösungsfindungsprozess zum Spiel.
4. Zeichnen Sie die divergierenden Argumentationsbereiche auf.
5. Faktenüberprüfung in Echtzeit

6) NEBENEFFEKTE: Die Reise des Vertrauens und des Wissens ist die Mühe wert, die man auf dem Weg zum Konsens auf sich nimmt

Obwohl wir als junge Organisation das Ziel verfolgen, bei einigen der schwierigsten Probleme der Menschheit einen Konsens zu erzielen, ist das Nebenprodukt ebenso lohnend. Die New Delhi Shapers' Focus Group hat herausgefunden, dass bei jeder Debatte, die mit einem klaren Ja/Nein beginnt, jeder im Laufe des Prozesses irgendwo bei „Kommt drauf an“ landet.

Außerdem

1. Vertrauen aufbauen: Wir erkennen, dass die „andere Seite“ nicht seltsam oder verrückt ist. Die Entdeckung zeigt eine Menge Gemeinsamkeiten, während wir uns mit dem Thema auseinandersetzen.
2. Mehr Wissen: Wir vertiefen uns und lernen als Nebenprodukt des LLM mehr Fakten und Zusammenhänge kennen, anstatt sie von oben herab durch die Regulierungsbehörde durchzusetzen.
3. Stärkere Überzeugung: Wir schärfen unsere Überzeugungen für die Ansichten, die wir vertreten, wenn sie den Argumenten anderer standhalten.
4. Schaffung einer Kultur des Engagements: Die Teilnehmer an diesem Projekt führen keine Show auf, sie bilden sich ihre eigene Meinung. Daher wird das Zögern, die eigene Meinung zu äußern, um politisch korrekt zu erscheinen, direkt in Frage gestellt. Es handelt sich um eine tiefgreifende Analyse der Lösungsfindung für Probleme. Da man nicht von außen beurteilt wird, unterstützt der Glaube an die Privatsphäre und die Freiheit, seine Meinung zu äußern, die dringende Notwendigkeit eines Engagements für Partnerschaften für die 17 Ziele.

7) Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

Wenden Sie sich an ishanpratapsingh14@gmail.com oder gscnewdelhicurators@gmail.com, um weitere Informationen zu erhalten.

«Wir müssen das, was wir denken, sagen. Wir müssen das, was wir sagen, tun. Wir müssen das, was wir tun, dann auch sein.»

Alfred Herrhausen

Nika Ristić, Natalia Parlov

DAS SDG ERASMUS CAFÉ: EIN WEG ZUR FREIHEIT DURCH BILDUNG UND ZUSAMMENARBEIT

In einer Zeit, in der die Welt zunehmend von Komplexität und globalen Herausforderungen geprägt ist, stellt sich die Frage: Wie können wir nicht nur die großen globalen Probleme angehen, sondern gleichzeitig auch individuelle Freiheiten fördern? Ist es möglich, in einer Welt, die von Klimawandel und sozialer Ungleichheit bedroht ist und vor wirtschaftlichen Herausforderungen steht, einen Raum zu schaffen, der sowohl die individuelle Entfaltung als auch den kollektiven Fortschritt unterstützt? Hier kommt das Konzept des SDG Erasmus Cafés ins Spiel – ein Ort, der darauf abzielt, Bildung, Kreativität und gemeinschaftliches Engagement zu vereinen, um sowohl auf lokaler als auch globaler Ebene positive Veränderungen herbeizuführen. Doch wie genau trägt dieses Café zur Förderung von Freiheit bei und inwiefern kann es das traditionelle Verständnis von Bildung und Zusammenarbeit revolutionieren?

Das SDG Erasmus Café und seine Ziele

Das SDG Erasmus Café ist mehr als nur ein physischer Raum für Diskussionen und Vorträge – es ist ein lebendiger Knotenpunkt für Zusammenarbeit, Austausch und Innovation. Gegründet, um die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) zu fördern, bietet das Café jungen Menschen die Möglichkeit, sich aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu beteiligen. Der Fokus liegt auf Bildung, Innovation, Inspiration und der Schaffung nachhaltiger Gemeinschaften. Das SDG Erasmus Café zielt darauf ab, Menschen zusammenzubringen, die sich für Themen wie Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand engagieren.

Dabei geht es nicht nur darum, theoretische Kenntnisse zu erlangen, sondern auch praktische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Die Grundidee des Cafés ist es, junge Menschen in den letzten Schuljahren sowie Studierende mit Experten, Führungskräften und Gleichgesinnten aus verschiedenen Bereichen zusammenzubringen, um gemeinsam Ideen zu entwickeln, die über das traditionelle Bildungssystem hinausgehen. Aufgrund des offenen Austauschs mit Gleichgesinnten, Experten und Mentoren wird das Selbstbewusstsein gestärkt und das Gefühl vermittelt, dass jeder Einzelne in der Lage ist, Veränderungen herbeizuführen. Durch regelmäßige Treffen, Vorträge und Workshops wird das SDG Erasmus Café zu einem Ort der Inspiration und des Austauschs, an dem kreative Ansätze gefördert und innovative Lösungen erarbeitet werden.

Ein zentraler Bestandteil des Cafés ist die Schaffung eines Netzwerks von Erasmus-Cafés in verschiedenen Städten weltweit. Dieses Netzwerk soll es den Teilnehmenden ermöglichen, sich über Ländergrenzen hinweg

DIE 17 ZIELE Was steckt dahinter?

Themen wie Klimawandel, Armut und fairer Handel betreffen uns alle. Jeder von uns hat die Wahl, ob wir bspw. nachhaltige Produkte kaufen oder unseren Energieverbrauch reduzieren. Die SDGs fordern uns auf, Verantwortung zu übernehmen – für uns selbst, für andere und für zukünftige Generationen.

Die Agenda 2030, beschlossen von 193 Staaten, ist ein globaler Zukunftsvertrag, der allen Menschen bis 2030 ein würdiges Leben sichern soll.

Auch wir in Deutschland müssen unseren Beitrag leisten, um diese Vision zu verwirklichen.



17 ZIELE IN KRONBERG Wie alles begann

Bereits im Januar 2024 engagierten sich SchülerInnen der Altkönigschule Kronberg beim SDG Lab in Davos.

Even Wright, Luisa Neuberger und Natalia Perlov vertraten gemeinsam mit Lehrerin Lilly Heil die AKS beim Weltwirtschaftsforum. Dort brachten sie ihre Ideen und Visionen in den globalen Dialog zur besseren Gestaltung der Zukunft ein.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) umfassen 17 globale Ziele, die auf eine gerechtere und nachhaltigere Welt abzielen. Sie bieten einen Fahrplan, um die dringendsten globalen Herausforderungen zu bewältigen und eine zukunftsfähige Welt für alle zu schaffen.

Das SDG Erasmus Café möchte ein Baustein zur nachhaltigen Entwicklung sein – der Anfang eines Projekts, das nun in Kronberg weitergeführt wird.

auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsam an der Umsetzung der SDGs zu arbeiten. Darüber hinaus bietet das Café den Teilnehmenden Zugang zu internationalen Veranstaltungen wie der SDG Summer University und dem SDG Lab in Davos, wo sie ihre Ideen präsentieren und sich mit führenden Experten vernetzen können. Ziel ist es, nicht nur das Wissen der Teilnehmenden zu erweitern, sondern ihnen auch die Werkzeuge und Ressourcen an die Hand zu geben, die sie benötigen, um ihre Ideen in die Tat umzusetzen.

Bildung und Weiterdenken im SDG Erasmus Café: Der Schlüssel zu Freiheit und Innovation

Ein zentrales Anliegen des SDG Erasmus Cafés ist die Förderung von Bildung und kritischem Denken. Doch anders als im traditionellen Schulsystem, das oft auf die reine Reproduktion von Wissen abzielt, bietet das Café einen Raum für freieres, kreativeres Denken. Hier wird nicht nur vermittelt, „wie man denkt“, sondern auch „was man denkt“ wird hinterfragt. Dies steht im Gegensatz zu dem Problem der eingeschränkten Denkmuster, die durch übermäßige Wiederholungen im traditionellen Unterricht entstehen. Statt sich nur auf ein oder zwei Perspektiven zu konzentrieren, fördert das SDG Erasmus Café eine Vielfalt an Ansätzen und ermöglicht es den Teilnehmenden, neue Ideen zu entwickeln und sich mit komplexen Problemen auf kreative Weise auseinanderzusetzen.

Im Gegensatz zur Schule, die oft durch rigide Strukturen und ein festgelegtes Curriculum begrenzt ist, bietet das SDG Erasmus Café eine Umgebung, in der die Teilnehmenden ihre eigenen Interessen und Leidenschaf-

Inspiziert von den globalen SDGs: Die Ziele des SDG Erasmus Cafés in Kronberg

**UMSETZUNG
SDG Erasmus Café**

Als Teil eines europäischen Pilotprojekts unterstützt die TUM Campus Heilbronn GmbH die Gründung von fünf „Erasmus Cafés“, um junge Menschen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zu fördern.

Diese Cafés dienen als Treffpunkte für kreative Köpfe, die zukunftsweisende Projekte entwickeln und beschleunigen. Standorte in Portugal, Österreich und Kosovo sind bereits festgelegt. In Deutschland entsteht das erste Erasmus Café in Kronberg und lädt dazu ein, innovative Ideen für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln und zu realisieren. Neben regelmäßigen Treffen bietet das Café auch ein internationales Netzwerk, das Dich bei der Umsetzung deiner Projekte unterstützt.

Monatliche Veranstaltungen mit globalen SDG-Vorbildern finden in Orten wie der Stadthalle Kronberg oder dem Altkönig statt.

Komm vorbei! Wir freuen uns auf Dich!



Schülerinnen und Schüler der Altkönigschule haben das SDG Erasmus Café in Kronberg gegründet.

ten verfolgen können. Der Fokus liegt hier nicht nur auf dem Erwerb von Wissen, sondern darauf, dieses Wissen in die Praxis umzusetzen. Es ist ein Ort, an dem Ideen nicht nur diskutiert, sondern auch verwirklicht werden. Diese Umsetzungsmöglichkeit ist es, die das SDG Erasmus Café von herkömmlichen Bildungseinrichtungen abhebt. Während Schüler in der Schule oft das Gefühl haben, lediglich für Prüfungen zu lernen und wenig Raum für kreative Entfaltung zu haben, bietet das Café eine Plattform, auf der sie aktiv an Projekten arbeiten können, die reale Auswirkungen auf ihre Gemeinschaften und die Welt haben. Hier gibt es keine Noten oder standardisierten Tests, die den Lernprozess einschränken könnten.

Das SDG Café als Raum für freie Entfaltung

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Cafés ist seine Rolle als Ort der Inspiration und der Selbstentfaltung. Während das traditionelle Bildungssystem oft darauf ausgelegt ist, Schüler auf vorgegebene Wege zu führen, bietet das Café die Möglichkeit, diese Wege zu hinterfragen und neue Richtungen einzuschlagen. Es ist ein Raum, der von den Ideen der Teilnehmenden lebt, ein Raum, in dem Visionen geboren und verwirklicht werden können.

Diese Freiheit ermöglicht es den Teilnehmenden, über die Grenzen des herkömmlichen Denkens hinauszugehen. Sie werden ermutigt, über den Tellerrand zu blicken und neue Ansätze für die Lösung von Problemen zu entwickeln. Dabei spielen nicht nur intellektuelle Fähigkeiten eine Rolle, sondern auch soziale und kreative Kompetenzen. Das Café bietet die Möglichkeit, diese Fähigkeiten in einem unterstützenden und mehr-

perspektivischen Umfeld zu entwickeln und anzuwenden, was zu einer tieferen und umfassenderen Bildung führt.

Ein Beispiel für diese Freiheit und Inspiration, die das Café bietet, ist die Möglichkeit, mit Menschen aus verschiedenen Bereichen und Kulturen sowie Altersgruppen zusammenzuarbeiten. Die Vielfalt der Teilnehmenden und die Vielzahl der Perspektiven führen zu einem reichen Austausch von Ideen und Erfahrungen. Dies ermöglicht es den Teilnehmenden, nicht nur ihre eigenen Fähigkeiten zu verbessern, sondern auch neue Denkweisen zu erlernen und anzuwenden.

Die Bedeutung von Praxisnähe und Handlungsmöglichkeiten

Das SDG Erasmus Café ermöglicht es den Teilnehmenden, das Gelernte direkt anzuwenden. Sie arbeiten an realen Projekten, die nicht nur theoretisch sind, sondern konkrete Ergebnisse liefern.

Diese Praxisnähe trägt dazu bei, das Verständnis für die SDGs zu vertiefen und gleichzeitig die Fähigkeit zu fördern, Lösungen für echte Probleme zu entwickeln. Die Teilnehmenden lernen, wie sie ihre Ideen in die Realität umsetzen können – sei es durch die Gründung eines sozialen Unternehmens, die Entwicklung nachhaltiger Technologien oder die Umsetzung lokaler Gemeinschaftsprojekte. Durch diese unmittelbare Anwendbarkeit des Gelernten entsteht ein tieferes Verständnis der behandelten Themen und eine stärkere Verbindung zwischen Theorie und Praxis.

Die Ideen und die Handlungsmotivationen sind oft in einer Stadt verteilt, sodass sich das mögliche Potenzial verläuft. Viele wissen von bestimmten Initiativen gar nicht. Ein Café, das ein Treffpunkt für alle Initiativen bietet, kann diese Problematik ändern. Zudem wird das Gefühl, gehört zu werden und etwas bewirken zu können, gestärkt. Das SDG Café bietet einen Raum, in dem jede Stimme zählt und Ideen nicht nur gehört, sondern auch ernst genommen und gefördert werden.

Hoffnung und Freiheit durch das SDG Erasmus Café

Das SDG Erasmus Café zeigt, dass Freiheit nicht nur durch das Streben nach individueller Unabhängigkeit, sondern auch durch gemeinschaftliches Engagement und Zusammenarbeit erreicht werden kann. Es bietet eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft – eine Zukunft, in der Bildung nicht nur dazu dient, Wissen zu reproduzieren, sondern um kreative Lösungen für die komplexen Probleme der Welt zu entwickeln. In diesem Sinne ist das SDG Erasmus Café ein Leuchtturm der Freiheit und des Fortschritts, der jungen Menschen die Möglichkeit gibt, ihre Welt zu gestalten und gleichzeitig ihre eigene Freiheit zu finden.



Prof. Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau, lehrt seit zwanzig Jahren Volkswirtschaftslehre (insbes. Wirtschaftspolitik, Wettbewerbspolitik und Kartellrecht, Geschichte des ökonomischen Denkens) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Prof. Dr. Daniel Cassino ist ein amerikanischer Politikwissenschaftler, Historiker und Umfrageanalyst. Seine Schriften über Politik, Umfragen und Gender wurden in wichtigen Medien wie der Harvard Business Review, Le Monde und der Washington Post veröffentlicht.



Prof. Dr. Otfried Höffe ist ein deutscher Philosoph, der insbesondere mit seinen Arbeiten zur Ethik, zu Aristoteles und zu Immanuel Kant bekannt geworden ist. Er leitet an der Universität Tübingen das Forschungszentrum für politische Philosophie. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zählt das Buch „Was hält die Gesellschaft noch zusammen?“ (Alfred-Kröner-Verlag, Stuttgart 2021).



Greta Klotzki, 23 Jahre alt, studiert im Doppelbachelor Gesellschafts- und Politikwissenschaften an der SciencesPo Paris und der Freien Universität Berlin. In Berlin geboren und aufgewachsen, interessierte sie sich schon immer für Perspektiven und Geschichten anderer Menschen und Kulturen, für Musik und Kunst. Als Sängerin im Kinderchor der Staatsoper entdeckte sie früh die Magie des interkulturellen Musizierens in Ländern wie Italien, China und Vietnam, und entschied sich, mit 16 Jahren ein Austauschjahr in die USA zu machen. Nach ihrem Abitur zog es sie für einen freiwilligen Dienst nach Frankreich, wo sie ihr Studium begann und dieses nun in Berlin fortsetzt.



Peter Klotzki arbeitet seit 2019 als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe in Berlin. Dieser steht mit 59 Mitgliedsorganisationen für über sechs Mio. Menschen in den Freien Berufen, davon rund 1,5 Mio. Selbständige. Der Rechtsanwalt fand nach einer journalistischen Grundausbildung beim Bundeswehr-Hörfunk über Stationen als MdB-Mitarbeiter und in der FDP-Bundesgeschäftsstel-

le wie -Fraktion in die Interessenvertretung der Wirtschaft. Vom Zentralverband des Deutschen Handwerks über die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Gesamtmetall bis zum Verband der Zeitschriftenverleger ist er bis heute auch diesen Branchen verbunden. Seine Mission ist eine faire, funktionierende, demokratische Gesellschaft, die auch vom Kategorischen Imperativ bestimmt ist – Kollektivismus lehnt er ebenso ab wie eine rücksichtslose Überdehnung des Ichs. Der überzeugte Christ engagiert sich ehrenamtlich für viele soziale Projekte. Für seine Vorstellungen einer freien, fairen und funktionierenden Gesellschaft streitet er ebenso auf Podien wie mit Veröffentlichungen.



Carsten Knop, geboren 1969 in Dortmund. Praktikum in der Redaktion der „Westfälischen Rundschau“, anschließend freie Mitarbeit in Lokalredaktionen dieser Zeitung. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster. 1993 folgte das Volontariat im Hause der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, daran schloss sich 1995 die erste Redakteursstelle an: Für die „Börsen-Zeitung“ stand schnell die Versetzung als Korrespondent nach Düsseldorf fest. Der Ortswechsel machte 1996 die Rückkehr in das Düsseldorfer Büro der F.A.Z. möglich, das schon die Außenstation des Volontariats gewesen war. Nach der Zeit in Düsseldorf Wirtschaftskorrespondent zunächst in New York und dann in San Francisco. Seit 2003 wieder in Frankfurt, viele Jahre Leiter der Unternehmensberichterstattung, später auch für Wirtschaftsnachrichten zuständig. Von Anfang 2018 bis März 2020 Chefredakteur für die digitalen Produkte. Seit April 2020 Herausgeber.



Prof. Dr. Dr. Kai A. Konrad ist Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen sowie Wissenschaftliches Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft und Honorarprofessor an der LMU München und der Freien Universität Berlin. Er war zuvor Universitätsprofessor im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor am WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er ist Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften – Leopoldina und vier weiterer wissenschaftlicher Akademien. Seit 1999 ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und war dessen Vorsitzender von 2011 bis 2014. 2023 wurde ihm die Ehrendoktorwürde an der Universität Basel verliehen.



Luisa Hellen Neuberger ist Schülerin der Altkönigschule Kronberg (Leistungskurse: Chemie und Politik & Wirtschaft – Abitur 2025) und engagiert sich in den Sustainable Development Goals (SDGs). Sie hat das Projekt MeCare-Stressmanagement im Schulalltag (SDG3) entwickelt und ist am Aufbau des SDG-Erasmus-Cafés Kronberg beteiligt. Luisa nahm unter anderem am SDG Lab in Davos (2024) und am SDG City Certification Hearing in Kronberg teil.



Günter Nooke ist studierter Physiker, postgradual ausgebildeter Arbeitsmediziner und war von 1995 bis 1998 Controller im größten Umweltsanierungsprojekt, der Reaktivierung der DDR-Braunkohlentagebaue und Industrieanlagen. Als ehemaliger DDR-Bürgerrechtler ging er 1990 in die Politik und leitete eine unabhängige Fraktion im Landtag Brandenburg. Er war von 1998–2005 Mitglied im Deutschen Bundestag, dort u.a. Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien. Danach war Nooke Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und 2010 bis 2021 Persönlicher Afrikabeauftragter von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Im Jahr 2022 und 2023 arbeitete er für eine Global Health Company. Nooke ist Autor zahlreicher Artikel in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen und Herausgeber im Bereich Menschenrechte, Afrika und Entwicklungspolitik. Derzeit ist er als Berater tätig und bringt seine Erfahrungen als Beiratsmitglied der CHB Unternehmensgruppe im Themengebiet Internationale Beziehungen ein. Er beschäftigt sich auch mit grundsätzlichen Fragen der Wissenschaftstheorie.

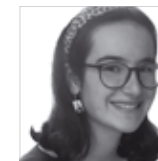


Natalia Parlov ist Schülerin der Altkönigschule Kronberg mit Leistungskursen Mathematik und Biologie. Sie nahm am SDG-Hearing in Kronberg im November 2023 sowie am viertägigen SDG Lab 2023 in Davos teil, ist in der SDG Arbeitsgemeinschaft aktiv und an der Eröffnung des SDG-Erasmus-Cafés in Kronberg beteiligt.



Dr. Thomas Petersen, geboren 1968 in Hamburg. Studierte 1987 bis 1992 an der Universität Mainz Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte. 1993 Magister. Seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1999 Projekt-

leiter. 2001 Promotion. 2010 Habilitation an der Technischen Universität Dresden, seitdem Privatdozent an der TU. Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR). Jüngste Buchpublikationen: Der Fragebogen in der Sozialforschung. Konstanz: UVK 2014. Die Vermessung des Bürgers. Konstanz: UVK 2015. Ende des Aufruhrs. Wie die Deutschen mit sich selbst Frieden schlossen. Baden-Baden: Tectum 2017 (mit Tilman Mayer).



Amélie Petschner ist eine neuseeländisch-deutsche Australierin, die in Sydney lebt. Sie engagiert sich leidenschaftlich für Menschenrechte, insbesondere im Hinblick auf die Behandlung von Einwanderern, und möchte durch gezielte Interessenvertretung, Aufklärung und Recht einen positiven Unterschied bewirken. Amélie ist derzeit Schülerin der 12. Klasse und hat noch ein Schuljahr vor sich, bevor sie Jura und Politik studieren möchte, um die Wirkung zu erzielen, von der sie träumt. Als begeisterte Fechterin und engagierte Debattiererin kämpft sie ihre Gefechte mit ihrem Degen und mit ihren Argumenten. Sie betreibt den Blue Iris Channel auf TikTok, Instagram und YouTube – mit dem Ziel, junge Menschen für Politik und Jugendthemen zu begeistern.



Nika Ristić hörte zum ersten Mal von den SDGs, als sie in ihrem Auslandsjahr mit der Organisation High Seas High School über den Atlantik segelte. Bei den Landaufenthalten hat sie sich unter anderem angeschaut, wie jedes einzelne Land – von Europa bis Mittelamerika – die SDGs umsetzt. Zurück im normalen Schulalltag, fing sie an, sich in der SDG AG an der Altkönigschule Kronberg zu engagieren und sich für die Gründung des SDG-Erasmus-Cafés einzusetzen.



Annabelle Schatz: Ich bin 10 Jahre alt und gehe in die 5. Klasse. Ich mag Mathe, Musik und ganz besonders Tiere. „Girls helping Girls“ hat mir viel Spaß gemacht. Ich bin froh, dass wir mit aller Unterstützung ein bisschen helfen konnten.



Michelle Schatz: Ich bin 13 Jahre alt, introvertiert und mag die Natur. Menschen und ihr Verhalten faszinieren mich.



Roland Schatz, geboren 1965 in Bielefeld. Studierte 1984 bis 1997 an den Universitäten Fribourg/CH sowie Bonn Philosophie, Geschichte, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. 1985 Gründung des InnoVatio Verlags, 1993 Gründung von Media Tenor, 2014 Gründung der UNGSII Stiftung. Von 2013 bis 2019 war er Senior Advisor für den UN General Direktor in Genf und seit 2020 in gleicher Funktion für die Chefin des Climate Investment Fonds in Washington. 2020 wurde er von Papst Franziskus in die Covid-19-Kommission berufen.

Jüngste Publikationen: Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland. Zürich: 2021. Kann ein Blinder einem Blinden den Weg weisen? In: Das Corona Brennglas – Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie. Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg.). Baden-Baden: 2021.



Prof. Dr. Ralph Erich Schmidt, geboren 1964 am Bodensee. Studierte Rechtswissenschaft und Psychologie an den Universitäten Zürich und Genf. Fortbildung in Psychotherapie in Genf, Paris und New York. Derzeit Titularprofessor für klinische Psychologie an der Universität Genf und Psychotherapeut an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Grossneffe von Elisabeth Noelle-Neumann, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Demoskopie Allensbach.

Jüngste Buchpublikation: Fred von Hoerschelmann/Elisabeth Noelle-Neumann: Briefwechsel. Göttingen: Wallstein 2021 (mit Hagen Schäfer).



Ishan Pratap Singh ist Kurator (2024–25) des Global Shapers Community's New Delhi Hub, eines der ältesten Hubs der Welt des Under-30-Netzwerks von Innovatoren, Aktivisten und Changemakern beim Weltwirtschaftsforum. Dies ist die wichtigste Plattform für junge Menschen unter 30 Jahren, die die größten Probleme der Gesellschaft außerhalb ihres Berufs lösen wollen, indem sie als echte Verbindungsglieder fungieren. Mit 21 Jahren ist er einer der jüngsten Kuratoren der Welt und hat Erfahrung in der Konzeption und Leitung von MECE-Projekten

(Mutually Exclusive Collectively Exhaustive), die erfolgreich durchgeführt wurden und zu konstruktiven Ergebnissen für die Gesellschaft führten. Ishan ist der Gründer von Cooperation17, einer neuen Non-Profit-Organisation, die sich darauf konzentriert, mit Hilfe der Technologie der Vierten Industriellen Revolution Debatten in Diskussionen über die 17 SDGs zu verwandeln. Ishan hat einen Abschluss in Wirtschaft und Finanzen sowie unternehmerische Führung und Strategie von der Ashoka University mit einem Zeugnis und Abschlusspunkten für Sommerkurse in Unternehmensstrategie von der London School of Economics.



Evan Ralph Wright ist in den Vereinigten Staaten aufgewachsen und wohnt seit 2017 in Deutschland. Er ist Gymnasiast an der Altkönigschule Kronberg mit den Leistungskursen Politik & Wirtschaft und Englisch. Er engagiert sich seit Jahren bei gemeinnützigen, nachhaltigkeitsorientierten Organisationen wie der Tafel. 2022/23 war er Schulsprecher und ist weiterhin in der Schülerverwaltung aktiv. 2023 nahm er am SDG City Certification Hearing in Kronberg teil, 2024 am SDG Lab in Davos. Er ist Mitinitiator des SDG-Erasmus-Cafés Kronberg.

Layout, Satz, Redaktion:
Matthias Münch, Waltershausen

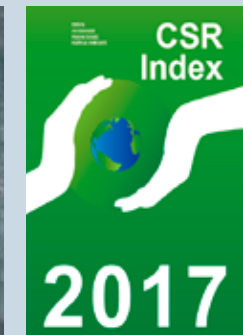
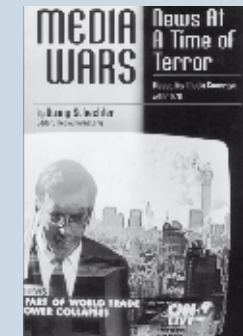
© InnoVatio Verlags AG, Zürich 2024
Originalausgabe
Alle Rechte vorbehalten

INNOVATIO

Data Driven Solutions

InnoVatio entstand 1985 als Angebot für alle, die interdisziplinäre Lösungen suchten. Eine neue Form von Dialog von Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien als sogenannter „Runder Tische“ entstand in den Schweizer Alpen. Als „Verlag für die denkende Hand“ erhielten Autoren neben der Plattform für ihre Ideen, die in der gleichnamigen Zeitschrift oder als Buch ihre Verbreitung fanden, zudem über Seminare wie der Zukunftswerkstatt „Freiburger Gespräche“ einen Resonanzboden, damit aus Chancen Wirklichkeiten wurden. Neue Ausbildungskonzepte entstanden, die in Flensburg, Karvina, Koblenz oder Witten Realität wurden. Neue Formen der Arbeitswelt in Gestalt von Technologie-Parks wurden in Dresden und Ostrava eingeführt. Im Schloss Glücksburg begegneten sich seit 1988 an der Kultur-Management-Akademie Wirtschaft und Kultur, um voneinander zu lernen. Zwischen 1987 und 1990 bot InnoVatio denen in Ungarn, Tschechien und der ehemaligen DDR eine geistige Heimat, die auf der Suche nach einem Dritten Weg keine billigen Lösungen hinnehmen wollten. Nach 1989 entwickelte InnoVatio gemeinsam mit Prof. Elisabeth Noelle-Neumann und Kollegen das Forschungsinstitut Media Tenor.

Da Medien (off- und später auch online) eine Schlüsselrolle in Veränderungsprozessen einnehmen, wurden ab 1994 Wirkungsmechanismen tagesaktuell erforscht und mit im Rahmen der Internationalen Agenda Setting Conference diskutiert. Nach den Terroranschlägen von 9/11 2001 wurde InnoVatio vom World Economic Forum gebeten, den Annual Dialogue Report zu konzipieren: Die Bereitschaft von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen sollte kontinuierlich erfasst und Lösungsmodelle für ein verbessertes gegenseitiges Verständnis entwickelt werden. Für Unternehmen wurden praktische Lösungen wie die Reputationsschutzversicherung oder Kommunikations-Cockpits auf den Markt gebracht. Für Wissenschaftler entstanden Indices wie das FAZ-Ökonomen-Impact-Ranking. Für die UN wurde mit dem Perception Change Programm sowie den Unlearning Intolerance Masterclasses und der UNGSII-Stiftung Formate geschaffen, die Erfahrungen der 80iger Jahre weltweit zu teilen. Auch nach 30 Jahren bleibt InnoVatio offen für Autoren, die ihre Ideen weltweit diskutiert und umgesetzt sehen wollen.





MEDIA TENOR wurde 1993 von Wissenschaftlern wie Peter Glotz, Hans Mathias Kepplinger, Wolfgang Donsbach and Hartmut Schiedermaier und Journalisten auf Initiative von Elisabeth Noelle-Neumann und Roland Schatz in Bonn gegründet. MEDIA TENOR verfolgt seit dieser Zeit das Ziel, die Inhalte der Leitmedien im In- und Ausland Tag für Tag mit jedem Beitrag intersubjektiv nach Thema, Zeit- sowie Ortsbezug als auch Quellen und Bewertungen tagesaktuell wissenschaftlich zu erfassen. Dank dieses weltweit einmaligen Ansatzes konnten die Researcher von Media Tenor gemeinsam mit anderen Instituten im In- und Ausland die Agenda-Setting-Forschung um die Definition der Wahrnehmungsschwelle bereichern und zudem Medien-Impakt-Analysen vorantreiben. Seit 1995 wird für Redaktionen anhand des Media Tenor Zitate-Rankings eine Datenbank zur Qualitätssicherung im Bereich exklusive Inhalte zur Verfügung gestellt. 2013 hat Media Tenor mit Partnern das FAZ-Ökonomen-Ranking konzipiert und damit beigetragen, die Sichtbarkeit und Vielfalt von Experten der Wirtschaftswissenschaften in der Berichterstattung von 0,7 Prozent in 2013 auf mittlerweile 5 Prozent zu erhöhen.

Auf dieser Grundlage konnte zum Beispiel die Allianz Versicherung ein Produkt zur Reputationsversicherung weltweit auf den Markt bringen, Studien zum besseren Verständnis von Einflussfaktoren auf die Impfung willigkeit von Menschen konnten europaweit 2013 für die EU durchgeführt werden und nach 9/11 wurde gemeinsam mit dem World Economic Forum der Annual Dialog Report for Religions and Values konzipiert und umgesetzt.

Das Shorenstein Center der Harvard Kennedy School mandatiert seit 2004 für ihre Analysen zu den Einflussfaktoren auf das Wählerverhalten während der US-Präsidentenwahlen Media Tenor mit den kontinuierlichen Medien-Analysen. Seit Gründung hat das Forschungsinstitut über 1000 wissenschaftliche Arbeiten im In- und Ausland unterstützt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt seit 1998 in der gemeinsamen interdisziplinären Forschung, inwieweit künstliche Intelligenz auf dem Gebiet der qualitativen Texterkennung valide Lösungen anzubieten vermag.

www.mediatenor.com | www.agendasetting.com

Allianz Global Corporate & Specialty

Allianz Reputation Protect

Protecting your company's
reputation in a crisis



Heute ist Morgen schon Gestern

So wie die Augen nicht nur die Funktion haben, uns das Andere erkennen zu lassen, bieten sie den Anderen Chancen, unser Inneres zu erkennen: Diagnostik-Experten sehen präzise, wie es um unsere inneren Organe bestellt ist. Aufmerksamen bieten sie Indikatoren, wie es um unser Selbst bestellt ist.

Da mit dem Freiheitsindex 2024 die Deutschen erstmals wieder ihr Lager der Selbst-Bewussten gestärkt sehen, haben wir die Farbe des Umschlages von braun auf grün gewechselt. Und zu den Daten aus der Meinungsforschung sowie der Medienwirkungsanalyse teilen Menschen aller Generationen ihre Beobachtungen und Erfahrungen, warum sie sich nun wieder mehr trauen, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Oder eben nicht.

Mit 47:41 Prozent ist die Trendwende gelungen. Von den Werten direkt nach dem Fall der Mauer sind die Deutschen aber noch weit entfernt: Damals bekannten sich 78 Prozent zum Lager «Zuversicht» und nur 16 Prozent gaben an, sich im Lager «Vorsicht» sicherer zu fühlen. Das aktuelle Ergebnis kann das Land Martin Luthers also nicht zufrieden stellen. Daher sind in diesem Jahresband auch erstmals Leuchttürme sichtbar, die positive Entwicklung verstetigen können.

«Noch nie gab es in der Bundesrepublik so große Bedenken, politische Meinung frei zu artikulieren. Nur Anhänger der Grünen sind noch von der Meinungsfreiheit überzeugt.»

David Rech, Die Zeit, 20.12.23

«Die Freiheitssehnsucht der Deutschen nimmt zu, ihr subjektives Freiheitsempfinden nimmt ab.»

Susanne Gaschke, Neue Züricher Zeitung, 20.12.23

«Die Erkenntnis, dass fast ausschließlich Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und dabei Unternehmer mit ihrem Geld voll ins Risiko gehen, kommt in den Medien nur noch unter der Wahrnehmungsschwelle vor.»

Thomas Siegmund, Handelsblatt, 20.12.23